

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 30 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 16. März 1901.

Inserate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 50 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Quitpoldstraße Nr. 8.

Inhalt: Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Metallarbeiter. - Amerikanische Riesenmonopole. - Rentenfrage. - Zur Generalversammlung. - Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M. V. von Schlesien und Posen. - Mitteilungen aus der Metallindustrie. - Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. - Mitteilung über die im Februar eingegangenen Verbandsgelder. - Korrespondenzen. - Eine wichtige Frage. - An die Gold- und Silberarbeiter im D. M. V. - An die Metallarbeiter Thüringens. - Abrechnung des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover für das 3. und 4. Quartal 1900. - Rundschau. - Bitterarisch.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach; von Eisenarbeitern nach Arlöf b. Malmö in Schweden (Möbels Eisenbahnwagen und Wagenfabrik) N.; von Fahrradarbeitern nach Magdeburg (Panther-Fahrradwerke), nach Solingen; von Feilenbauern nach Giesfeld (Zimmermann) N., nach Brandenburg a. Havel (Stabisch), nach Düsseldorf, nach München (Möbel u. Co.) Str., nach Nürnberg; von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg und Schwabach (besonders die Werkstatt M. Würtner); von Härtlern nach Nürnberg (Dammhorn); von Formern u. Pauken (A.-G. vorm. Götjes u. Schulze) N., nach Erfurt (Schumann u. Köhler), nach Freising in Bayern (Schlein), nach Frankenthal (S. D. Göttert) D., nach Halle Wernburg u. Co. (Wolff u. Meinel) M., nach Jolar (Eisenwerk) N., nach München (Heilbronner) N., nach Oelsnitz (Kaltreut u. Meiser) F., nach Pfungstadt-Eberstadt (Eisenwerk), nach Heilbronn (Wolfe u. Co.) L. N., nach Gera (Maschinenfabrik u. Eisengießerei von Sonntag) Str., nach Gottbus (H. Welt) Str., nach Heidenfels-Lambrecht (Wemmer), nach Kettlingen; von Kesselfachern nach Halle a. S. (Vornung u. Rabe) M.; von Klempnern (Plaschnern, Spenglern) nach Danzig L., nach Dortmund (Matthias) D.; von Maschinenaubauern nach Heidenfels-Lambrecht (Wemmer), nach Juhl (Koch); von Metallarbeitern nach Altenburg (Otto Seiffert), nach Giesfeld (Jungtenberg u. Co.), nach Eisenach (Fahrzeugfabrik) D., nach Meitmann, nach Vetschau (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik N. Lehnig), nach Quentlingen (Elsch - Vottringen, Hütte Friede) L., nach Zue-Gokau (Korenz u. Co.) N., nach Bremerhaven (W. Seebach) N., nach Kogelben (Maschinenfabrik, Eisengießerei A.-G.) und nach Jiliale Wiche, Bez. Halle, N., nach Hroil (Schweiz) St.; von Metallrädern nach Nürnberg (Dammhorn); von Nadelmachern nach Chemnitz-Zappel Str.; von Schleifern nach Pengersdorf (Webstuhlfabrik von G. A. Döschel) M.; von Schlossbauern nach Großsch (Timm u. Tag) N.; von Schmiedern nach Graunshweig; von Werkstarbeitern nach Bremerhaven (W. Seebach) D. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Metallarbeiter.

Die Junker fühlen bekanntlich den Beruf in sich, zu regieren und sie werden in dem Gefühle auch immer aufs Neue wieder bestärkt, indem nur mit Elementen aus ihrer Sippe alle angenehmen und wichtigen Regierungsstellen besetzt werden. Beamten mit anstrengender und steter Arbeit gehen sie möglichst aus dem Wege und überlassen sie den gemeinen Bürgern. Mit dem Gefühl für den Regierungsberuf verbinden die Junker aber nur äußerst selten auch den nötigen Verstand und darum steht es auch immer für das ganze Volk so schlecht bei der Art, wie die Regierung betrieben wird.

Völligen Mangel an Verstand bekunden die Junker auch gegenwärtig mit ihrer schamlosen und brutalen Fiskalkampagne. Die Landwirtschaft hatte im Jahre 1900 eine ausgezeichnete und an allen Früchten ungemein reiche Ernte, während im Gegenzug dazu die

Industrie von der Höhe ihrer Prosperität herabgestürzt und in eine Wirtschaftskrise hineingetrieben wurde, die nicht bloß bis heute andauert, sondern sich noch weiter von Tag zu Tag verschärft. Auch die ärgsten Optimisten in den kapitalistischen Kreisen werden immer nachdenklicher und ihre anfängliche Meinung, daß es sich bloß um eine vorübergehende Geschäftsstockung handle, macht immer mehr der Auffassung Platz, daß wieder eine der allgemeinen Krisen begonnen habe, deren Dauer voraussichtlich eine mehrjährige sein werde. In der That müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen und uns mit allem Eifer und Eassen darauf einrichten, daß wir auf eine Zeitdauer von vielleicht fünf Jahren in diesem Sumpfe werden stecken bleiben müssen. Diese Annahme stützt sich darauf, daß die in den letzten zwei Jahrzehnten regelmäßig wiederkehrenden Krisen eine Dauer von fünf Jahren hatten, z. B. die letzte von 1890 bis 1895. Möglicher Weise kommen wir überhaupt nicht mehr aus der Krise heraus, so lange die heutige Wirtschaftsordnung besteht: hat doch der bürgerliche Nationalökonom Schäffle schon vor 20 Jahren von der Möglichkeit einer Dauerkrise gesprochen.

Soviel steht also heute fest, daß alle Industrien schlechter gehen, daß bereits Tausende von Arbeitslosen vorhanden sind, während andere Hunderttausende nur ungenügend beschäftigt sind. Haben erstere gar keinen Verdienst, so diese einen nur unzulänglichen, ebenso die Masse der Arbeiter mit schlechten Lohnverhältnissen überhaupt und endlich alle jene, denen unter dem Einfluß der Krise die Löhne reduziert wurden.

Unter diesen ungünstigen allgemeinen Erwerbsverhältnissen mit Forderungen nach maßlosen Zoll-erhöhungen auf Lebensmittelpreise aller Art zu kommen und dadurch eine drückende Erhöhung der Lebensmittelpreise sowie eine Vertheuerung der gesamten Lebenshaltung herbeizuführen, verrät einen so großen Mangel an Verstand und eine derartig gierige Raubthiernatur, daß man allerdings es für unmöglich halten sollte, daß die Kreise, die diese Forderungen erheben, besonders qualifiziert für alle Regierungsgeschäfte sein sollen. Freilich - ihre Regierung ist auch darnach.

Zu den Arbeiterkriegen, welche von der eingetretenen Wirtschaftskrise in erster Linie empfindlich in Mitleidenschaft gezogen wurden, gehören auch die Metallarbeiter aller Branchen. Was für sie eine weitere Lebensmittelpreiserhöhung bedeutet, das lehren alle bisher aus den Kreisen unserer Kollegen veröffentlichten Haushaltungsbudgets. Dieselben zeigen nämlich, daß ein großer Theil der Ausgaben nur für die Ernährung gemacht werden muß und daß trotz deren Bescheidenheit das Einkommen für den Haushalt nicht ausreicht und daher in den meisten Fällen die Bilanz ein Defizit ergibt. Wir haben im vorigen Jahre die vom Münchner Fabrikinspektor Pöllath veröffentlichten Haushaltungsbudgets von drei Schmiedegehilfen, wovon 2 verheiratet und 1 ledig, mitgeteilt und wir möchten an dieselben als überaus lehrreich und beweiskräftig Angesichts der drohenden Wucherzölle neuerdings erinnern. Dieselben brauchten nämlich an Nahrungsmitteln pro Woche:

Table with 3 columns: Item, Rinderloses Ehepaar, Eltern mit 2 Kindern, Lediger. Rows include: Brot, Butter, Schmalz, Milch, Zucker, Kaffee, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Besper, Abendessen, Verschiedenes, Total.

Man gehe in Bezug auf beide Familien alle Posten durch und man wird finden, wie bescheiden der Aufwand für die Ernährung und diese daher selbst ist. Dies leuchtet noch mehr ein, wenn man berechnet, wie hoch die Ernährungsloste pro Familie und jedes einzelne Familienglied für den Tag sich belaufen. Sie betragen:

Table with 2 columns: Item, Für die Familie, Für jedes Familienmitglied. Rows include: Beim kinderlosen Ehepaar, Bei den Eltern mit 2 Kindern.

2,46 M und 2,94 M für den Tag und jede Familie und 1,23 M bezw. 73 J für den Tag und jedes Familienglied. Daraus können sich die Arbeiter Angesichts der hohen Lebensmittelpreise sicherlich keine Tafelgenüsse verschaffen, keine Schwelgereien treiben und keine Trinkgelage abhalten. Und trotzdem langt dazu noch nicht einmal das Lohnneinkommen. Es betragen nämlich die Jahresausgaben für die Ernährung bei der kinderlosen Familie 894,40 M und bei der anderen Familie 1071,20 M. Die Jahreseinnahmen betragen 1290 M bezw. 1430 M, so daß für alle übrigen Bedürfnisse: Wohnung, Kleidung, Schuhwerk, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Versicherungen, Vereine, Lektüre, Korrespondenz, Steuern u. nur 390 M bezw. 153,80 M übrig bleiben. Damit konnten aber alle diese Bedürfnisse nicht bestritten werden und das Ergebnis waren daher Defizite von 143,40 M bezw. 300 M. Auch der ledige Schmiedegehilfe schloß bei 846,60 M Jahreseinnahmen seine Rechnung mit einem Defizit von 33,20 M.

Aber nun weiter. Im Karlsruher "Volkstfreund" wurde jüngst das Jahresbudget von 1900 seitens eines gelehrten Metallarbeiters, der in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte in Karlsruhe arbeitet, veröffentlicht. Der Arbeiter ist verheiratet, jedoch ist nicht bemerkt, ob und event. wie viele Kinder er hat. Seine Jahreseinnahmen betragen 1210,19 M einschließlich von 134,54 M, welche die Frau verdient hat. Die Jahresausgaben für Lebensmittel bezw. Ernährung betragen:

Table with 3 columns: Item, M., M. Rows include: Bier, 588 Liter; Milch, 447 Liter; Brot und Wecke; Wein, 70 Liter; Fleisch; Schmalz; Butter; Eier, 387 Stück; Kartoffeln; Gemüse; Rind; Obst; Kaffee; Zucker; Suppenartikel; Salatöl; Käse; Salz; Hülsenfrüchte; Apfelwein, 21 Liter; Hering; Hafermehl; Marmelade; Cognac; Cichorie; Sodawasser; Zwiebeln und Gewürze; Summa 592,92.

Speziell zu den Bierausgaben wird bemerkt, daß der betreffende Arbeiter jeden Tag eine Flasche Bier zum Frühstück trinkt und der Rest auf den Konsum in Versammlungen sowie an Sonn- und Festtagen entfällt. Durchschnittlich entfällt auf den Bierkonsum eine tägliche Ausgabe von 35 J. Der Betrag ist nicht gerade hoch, immerhin erscheint er im Verhältnis zu den Ausgaben für andere Nahrungsmittel hoch. Alle diese Ausgabeposten sind äußerst bescheiden, namentlich diejenigen betreffend Brot, Fleisch, Butter und Schmalz, Mehl usw.; ja diese erscheinen direkt ungenügend, so daß eine dauernde Unterernährung dieser Familie stattfindet.

Für alle anderen Bedürfnisse verblieben 611,27 M, die jedoch nicht ausreichten, so daß die Bilanz mit einem Defizit von 39,02 M schloß. Unter diesen anderweitigen Ausgaben von 650 M befanden sich

150 M Wohnungszins, 103,84 M Versicherungs- und Vereinsbeiträge, Geistespflege zc. sowie 57,04 M Abzahlung von Schulden, so daß für Industrieartikel aller Art, wie Kleider, Schuhe, Kohlen und Holz, Möbel, Wäsche, Küchengeräte, Schreibmaterialien zc. die Summe von 339 M verblieb. Zu der Wohnungsmiethe ist noch zu bemerken, daß die Familie in einer Dachkammer wohnt.

Diese wie überhaupt alle zur Veröffentlichung gelangenden Arbeiterhaushaltungsbudgets zeigen immer wieder die absolute Unzulänglichkeit des Verdienstes, also des Arbeitslohnes und eine niedrige Lebenshaltung, die dringend der Hebung bedarf. 1500 M sollten daher das jährliche Minimaleinkommen für eine Arbeiterfamilie bilden, wenn sie sich nur einigermaßen wohl fühlen und wenn die Kauf- und Konsumkraft der Massen des arbeitenden Volkes nur in bescheidenem Maße gestärkt und so entfernt in ein besseres Verhältnis zu der unablässigen Steigerung der Produktionskraft gebracht werden soll.

Was unter den geschilderten Umständen eine weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise und eine entsprechende Vertteuerung der Lebenshaltung bedeutet, liegt geradezu klar auf der Hand. Die Arbeiter müssen dann bei Beibehaltung der bisherigen Lebensweise einen noch höheren Betrag für die bloße Ernährung ausgeben, wobei der übrig bleibende und schon heute absolut unzulängliche Betrag für alle übrigen Bedürfnisse noch kleiner und die Arbeiter eine noch weitere Schwächung ihrer Kauf- und Konsumkraft erleiden und daher noch mehr an Bedeutung als Konsumenten für die Industrie verlieren, während eine Erhöhung wünschenswert und notwendig wäre. Eine weitere Verschärfung der Krise, das Entstehen einer Dauerkrise mit nicht mehr verschwindender Arbeitslosigkeit, mit unermesslicher Vermehrung von Noth und Elend, der vollständige Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsordnung müßten die nothwendigen Folgen der von den beutegierigen Junkern geplanten Raubwirtschaft sein.

Denkt man an diese Konsequenzen, dann zeigen sich erst im hellsten Lichte die Kurzsichtigkeit und staatsmännische Unfähigkeit der Junker-Minister und der ganzen Junkerherrschaft. Wir aber, die an die Konsequenzen der geplanten Raubpolitik denken und daher die ganze Größe der Gefahr erkennen, rufen aus innerster und ehrlichster Überzeugung, aus Liebe zum gedrückten und nothleidenden arbeitenden Volke, aus Haß gegen jedes Unrecht und jede Raubpolitik:

Nieder mit den Wucherzöllern!  
Nieder mit der Raubpolitik!

### Amerikanische Eisenmonopole.

Ueber den Fortgang der Vertrustung der amerikanischen Industrie wird dem „Camb. Gajo“ aus New-York geschrieben:

Um die Wende des Jahrhunderts sind Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt, welche darauf schließen lassen, daß das neue Jahrhundert schon in seinem Anfang in diesem Lande Entwürfungen auf wirtschaftlichem Gebiete bringen wird, gegen welche die bisherigen — so gewaltig sie waren — als bescheiden erscheinen dürften; und zwar Entwürfungen, die auch für die übrige Welt, speziell das industrielle Europa, von schwerer Bedeutung sein werden. In erster Linie handelt es sich um die Eisen- und Stahlindustrie. Die diversen großen Gesellschaften, welche dieselben beherrschen, haben ein Uebereinkommen getroffen, wonach die Konkurrenz zwischen ihnen für den Inlandmarkt beendet ist und dieselbe nur für den Weltmarkt bestehen bleibt. Weiter verlautete, daß die drei heftigen Riesen der Eisen- und Stahlindustrie des Landes — der „Vorkönig“ Rockefeller, Ambracitkohlenmagnat Pierpont Morgan und Eisenbahnrüst Hill, gegen welche die Souveränität und Vorkönig in Bezug des Einflusses auf wirtschaftlichem Gebiet als Besorge erscheinen — sich mit dem Projekte trugen, die gesamte Eisen- und Stahlindustrie unter „einen Hut“ zu bringen, und daß sie dasselbe planten mit einer Anzahl der wichtigsten Eisenbahnen. Sie haben schon gleich mit Beginn des neuen Jahrhunderts einen guten Anfang gemacht, indem sie zwei derselben, die New-Jersey-Zentral und Baltimore-Dhio, unter ihre Kontrolle brachten. Dieser Prozeß hängt eng mit dem anderen zusammen, indem es sich darum handelt, den Transport der Industrieprodukte des Riesenlandes gänzlich unabhängig zu machen. Neuer Hill, eine bisher noch wenig in die Erscheinung getretene Persönlichkeit, spielt dieselbe Rolle in der Northern-Pacifie-Eisenbahngesellschaft, wie die Vorkönig in der New-York-Zentral; erwähnenswerth ist aber gegenüber letzterer — deren zweitwichtigster Platz, Buffalo, noch von zwei anderen von New-York aus-

gehenden Bahnen berührt wird, wodurch die Verbindung zwischen diesem größten Hafenplatz und den großen Binnenseen eine dreifache ist — für das Eingangs erwähnte Projekt von weit größerer Bedeutung, indem sie, in Anbetracht an andere unter gleicher Kontrolle stehende Linien, den Transport nach Kanada vermittelt, von wo durch eine neue Kanalanlage resp. Verbesserung einer schon bestehenden (Welland-Kanal) die Verbindung mit dem St. Lawrence-Strom bewerkstelligt werden soll. Dadurch würde der überseeische Transport — für welchen der Bau einer eigenen Schiffsflotte geplant ist — sowohl in Bezug auf Kosten wie Zeit ganz erheblich befördert werden. Das Haupt der bedeutendsten Eisen- und Stahl-Komp. des Landes, Carnegie, hat zwar vorerst in einem Interview erklärt, daß er nicht beabsichtige, an jenem Trikolinn „anzuverkaufen“ (was er könnte, da er weit über die Hälfte der Stammaktien eignet); und es hieß, daß er auf eigene Faust darauf ausgehe, seine Gesellschaft durch Anlage neuer Werke, Ankauf weiterer Kohlen- und Eisenerzminen, sowie Bahnbauten in Bezug auf Beschaffung des Rohmaterials, einzelner bisher bezogener Produkte und den Transport unabhängig zu machen.

Diese letzteren Angaben haben sich jedoch nicht bestätigt. Schneller als die „sanguinischen“ Leute geglaubt haben, ist die Bildung des Riesenrusts in der Eisen- und Stahlindustrie zu Stande gekommen. Es ist kaum einige Wochen her, seit Carnegie die oben erwähnte Erklärung abgegeben, er denke nicht an's „Anzuerkaufen“ — und heute schon ist die Thatsache perfekt! Es verlautet jetzt auch, daß alle die Nachrichten über geplante Anlage neuer Werke, Ankauf von Eisen- und Kohlenminen, Bau von Eisenbahnen zc. von Carnegie nur in die Presse langiert worden seien, um den Kaufpreis so hoch wie möglich zu treiben. Auch wird daran erinnert, daß er schon vor zwei Jahren erklärt haben soll, nicht unter 350 Millionen Dollars „loszuschlagen“ zu wollen. (Ueber den Umfang des Stahlrusts siehe „Mittheilungen aus der Metallindustrie“.)

Mit dem neuen Trust in Zusammenhang stehen aber noch andere Gesellschaften, so der Hartholzen-Trust mit seinen Eisenbahnen in Pennsylvania, dessen Hauptpionier Morgan zugleich an der Spitze des ersteren steht, und der, wie schon früher mitgeteilt, die New-Jersey Zentral- und Baltimore-Dhio-Eisenbahn aufgekauft — wozu inzwischen noch einige andere Linien gekommen sind — und außerdem für 15 Millionen Dollars 75,000 Acre Weichkohlenland in Pennsylvania erworben hat; ferner die Fried'sche Coke- & Co. und schließlich die unter Leitung des „Dritten im Bunde“, Hill, befindlichen Eisenbahnen, welche die Hauptwerke des Trusts mit den großen Seen und der Westküste verbinden. Dann kommt noch in Betracht, daß diverse der angesehensten Gesellschaften, ebenso der an der Gründung beteiligte „Petroleum-Magnat“ Rockefeller, im Besitz von Eisenbergwerken sind. — In Bezug auf letztere ist anzuführen, daß in der letzten Zeit mehrere solcher geschloffen wurden, so die älteste am Lake Superior gelegene Jackson Mine mit 1200 Arbeitern, welche seit ihrer Eröffnung vor ca. 50 Jahren fertig in Betrieb gewesen ist; es hat also allen Anschein, als ob die großen Eisen- und Stahlgesellschaften fernerhin nur diejenigen ihrer Minen betreiben wollen, welche bei den geringsten Kosten die größte Ausbeute liefern, so daß auch nach dieser Richtung die Produktionskosten möglichst reduziert werden. Diese „Lenkung“ macht sich übrigens auch nach der altgewohnten Seite geltend, nämlich nach derjenigen der Lohnreduktionen. Und neuerdings heißt es, daß den Arbeitern an den Kohlen-Defen der Fried'schen Gesellschaft — zwei Drittel der Gesamtzahl umfassend — deren Löhne seit dem einige Zeit nach dem großen Streik vor einer Reihe von Jahren getroffenen Uebereinkommen stabil geblieben sind — eine solche Reduktion von 15 Prozent in Aussicht steht. (Es befinden sich in der pennsylvanischen Coke-Region ca. 20,000 Arbeiter, meistens Galizier, „Hannan“ genannt. Das Produkt findet fast ausschließlich bei der Stahlproduktion Verwendung.)

Wenn auch die Eisen- und Stahlindustrie in erster Linie steht, so ist sie doch nicht die einzige, die der Vertrustung verfällt. Die Matadore der Standard Oil Komp., an ihrer Spitze Rockefeller, haben im Laufe des letzten Jahres ihre ungeheuren Einkünfte dazu verwendet, sich durch Ankauf von Aktien der verschiedensten Industrie-Unternehmungen, welche auch nur einigermaßen als profitabel erschienen, die Kontrolle über eine große Anzahl der bedeutendsten derselben zu verschaffen; wie „vielseitig“ jene Kompagnie in dieser Beziehung thätig ist, kann man daran sehen, daß sie sich neuerdings sogar auf die Fabrikation verlegt hat, indem sie die

größten Gesellschaften, welche dieselbe bisher betrieben haben und die 80 Prozent des Gesamtproduktes lieferten, zum „Anzuerkaufen“ veranlaßte.

Eine ähnliche Bewegung macht sich auf dem Gebiete der Zigarrenfabrikation bemerkbar. In Jersey City hat jüngst die Amerikanische Cigar. Company, ein kürzlich gegründeter Ableger des Tabaktrusts, das alte Lorillard'sche Etablissement angekauft (in welchem diese „altberühmte“, inzwischen dem Trust beigetretene Firma nach ihrem Wegzug von New-York lange Jahre die Rauch- und Schnupftabak-Fabrikation betrieb), um dasselbe zur Herstellung der sogen. Sheroot-Zigarren zu benutzen, welche bisher fast ausschließlich von pennsylvanischen Kleinfirmen resp. deren Angehörigen angefertigt wurden.

Die neue Gesellschaft, welche schon an verschiedenen Plätzen vier solcher Fabriken eröffnet hat, wird sich wahrscheinlich auch auf die Fabrikation besserer Zigarrensorten verlegen; so hat sie in New-York eine der größten Fabriken erworben, in denen hauptsächlich Mittelorten hergestellt wurden. Da ihr kolossales Mittel zur Verfügung stehen und zudem der Tabaktrust bereits einen bedeutenden Theil der Tabakpflanzungen des Landes auf Cuba „kontrollirt“, so wird es nur eine Frage der Zeit sein, daß die Zigarrenfabrikation, in welcher bisher noch eine große Anzahl mittlerer und kleiner Unternehmer „ihr Leben machen“, zu den trustifizierten Industrien gehören wird. — Zugleich mit derselben Kompagnie und von denselben Personen ist auch (wie jene mit 10 Millionen Dollars Kapital) die Tabak-Maschinen-Compagnie gegründet worden, welche die Herstellung aller der für die Herstellung von Tabak, Zigarren und Zigaretten erforderlichen Maschinen betreiben wird, deren Patente sie ankaufen kann.

Die wachsende Konzentration der Großindustrie zeigt sich auch in den Riesensummen des investierten Kapitals. Zur vorigen Jahre sind neue Korporationen mit einem Gesamtkapital von 945 Millionen Dollars gegründet worden. 1899 betrug die Zahl der im „Trust-Staat“ New-Jersey inkorporierten Gesellschaften 6065, wobei der Staat an Gebühren 2,051,209 Dollars machte. Die Lagrate ist 1/10 Proz. des angegebenen Kapitals; es gilt aber als Regel, daß das wirkliche Kapital 20 Prozent mehr beträgt, und es wäre somit die Gesamtsumme desselben ca. 2 1/4 Milliarden Dollars gewesen. Auf kleinere Korporationen entfielen davon 60 Mill. Doll., gegen 1,600,000,000 auf Trusts in denselben Industrien. — Das „Journal of Commerce“ schließt aus der Differenz zwischen den beiden Jahren, daß es mit der Trustifizierung zu einem Rückgang gekommen sei; wenn also gar keine Trusts mehr gegründet werden, d. h. wenn Alles trustifiziert ist, dann könnte das Blatt die „erfreuliche Nachricht“ bringen, daß es mit den Trusts gänzlich zu Ende sei! — Bisher sind in der Industrie allein Korporationen mit acht Milliarden Dollars inkorporiert worden. Das neue Jahr fängt aber in einer Weise an, durch welche die Anschauung des „Journal of Commerce“ glänzend widerlegt wird; es sind nämlich in dem einen Monat Korporationen mit einem Gesamtkapital von 105,250,000 Dollars gegründet worden. Außerdem haben drei der schon bestehenden Trusts ihr Kapital um 55,250,000 Doll. vermehrt.

Unter den kleineren industriellen Korporationen befinden sich solche, welche noch nicht von anderen Gesellschaften oder gar Trusts in Angriff genommene Industrien betreiben, wie z. B. die Herstellung von Papier aus Zuckerrohrabfall und den — bisher unbenutzten — Stapseln des Baumwoll-Samens. (Es hieß auch, daß eine Gesellschaft zur Herstellung von Papier aus der Baumwolle selbst gegründet worden sei; dies dürfte aber auf einem Mißverständnis beruhen, da der Preis der Baumwolle beim niedrigsten Stand 6 Centis pro Pfund betrug, im vorigen Jahre aber gar auf das Doppelte gestiegen war). Dann sind solche Gesellschaften darunter, welche irgend ein werthvolles Patent für Einzeltheile vorhandener Produkte besitzen, wie dies besonders in der Fahrrad-Industrie der Fall war. (Diese Herrlichkeit hat freilich längst ein Ende genommen, denn der Fahrrad-Trust hat von den vorhandenen Patenten eine genügende Anzahl aufgekauft und verwendet nur die durch dieselben geschützten und von ihm selbst hergestellten Theile, so daß die Fabrikanten derselben Theile anderer Art, auf welche sie Patente haben, zum größten Theil auf's Trockene gesetzt wurden.)

Schließlich wird ein, wahrscheinlich nicht geringer, Theil der Gesellschaften nur zu dem Zweck gegründet, nur gelegentlich an einem Trust mit Profit „anzuverkaufen“, was aber selbstverständlich nur unter besonders günstigen Umständen möglich ist.

Die Eroberung des Weltmarktes durch die amerikanischen Industrieerzeugnisse so ziemlich aller Art wird,

wenn die geschilberten Projekte zur Ausführung gelangen, in einem noch bei weitem schnelleren Tempo vor sich gehen, als es bisher der Fall gewesen ist. Die dann aber zu erwartende Ausdehnung solcher Projekte wird für die Vereinigten Staaten von Nordamerika selbst ebenfalls einen schon lange im Gange befindlichen Prozeß beschleunigen: die Reduzierung der „Plutokratie“ des Landes auf eine Handvoll Individuen, umgeben von einem Hofstaat Aktienbesitzer zweiter Klasse!

### Rentenkriege.

Dem Arbeiter ist es nicht leicht gemacht, sich durch die vielen Bestimmungen und Paragraphen der Arbeiterversicherungsgesetze durchzufinden. Davon zeugen die vielen durch Versäumen eines Termins, einer Berufungsfrist u. s. w. verloren gehenden gerechten Ansprüche. Namentlich bei Unfällen wurde es bisher dem Arbeiter durch die Berufsgenossenschaft am meisten erschwert, zu seinem Recht zu kommen. Es mußten und müssen noch förmliche Kriege um die Rente geführt werden. Von diesen Rentenkriegen werden in dem 6. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg\* die bemerkenswertesten aufgezählt, die wir zu Kurz und Frommen zum Theil nachstehend wiedergeben:

Der Ladergehilfe Georg L. in Nürnberg erlitt Ende Oktober 1898 im Verufe einen Unfall, der seine völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatte. Die Berufsgenossenschaft verweigerte die Rente mit der Begründung, daß die Arbeitsunfähigkeit nicht die Folge des Betriebsunfalles, sondern einer tuberkulösen Erkrankung sei, die schon vor dem Unfall vorhanden war. Auf die vom Arbeitersekretariat erhobene Beschwerde hat das Schiedsgericht entschieden, daß dem Verletzten eine monatliche Rente von 50,60 Mk. zu gewähren sei, rückwirkend bis zum 15. Februar 1899. So daß die Berufsgenossenschaft 1087,60 Mk. nachzahlen hat.

Wichtig ist die Entscheidung, daß die Familienrente auch bei Selbstmord des Ernährers zu zahlen ist. Der verheiratete Maschinenschleifer Konrad K. in Nürnberg erlitt am 6. März 1899 in der Bleistiftfabrik von J. Fröschel eine hochgradige Verbrennung, da er in Folge eines epileptischen Anfalles zwischen eine Wand und einen glühenden Ofen fiel. Dem Verletzten wurde zuerst die Vollrente zuerkannt, die dann später auf 33 1/3 Proz. reduziert wurde. Am 25. Juni vorigen Jahres, ertränkte sich K. in der Begniß, zweifellos in Folge Schwermuth, wozu sicherlich auch die unbegründete Renten kürzung beigetragen hat. Der Wittwe des Verletzten wurde von der Berufsgenossenschaft sowohl das Beerdigungsgeld wie die Wittwenrente verweigert, da der Selbstmord nicht mit dem Unfall im Zusammenhange stehe. Auf die vom Arbeitersekretariat erhobene Berufung wurde der Wittwe das Beerdigungsgeld im Betrage von 76 Mk. und die Wittwenrente mit 228 Mk. jährlich zugesprochen.

Ferner muß die Familienrente nach Ablauf der 13. Woche gezahlt werden. Der Presser Johann Simon K. in Nürnberg erlitt im Jahre 1896 im Betriebe eine Kopfverletzung, die allmählich eine Geisteskrankheit herbeiführte. Am 10. Februar 1900 mußte K. wegen Geistesstörung im Krankenhaus Nürnberg aufgenommen werden, die Berufsgenossenschaft wollte aber erst vom 13. Mai ab der Ehefrau und ihren drei Kindern die gesetzliche Familienrente gewähren. Auf die vom Arbeitersekretariat erhobene Beschwerde wurde die Berufsgenossenschaft durch Urtheil des Schiedsgerichtes verpflichtet, 121,40 Mk. Rente an die Familie nachzahlen.

Der Verdienst des Verletzten ist ohne Einwirkung auf die Höhe der Rente: Der Beschleifwärterssohn Johann S. in Oberkochen verletzte sich im Betriebe der Nürnberg-Fürther Straßenbahngesellschaft am rechten Auge. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung ab, weil der Verletzte nach dem Betriebsunfall in einem anderen Geschäft einen höheren Lohn erzielte wie vor der Verletzung im Betriebe der Straßenbahngesellschaft. Auf die vom Arbeitersekretariat erhobene Berufung wurde die Berufsgenossenschaft verurtheilt, eine Rente von 25 Proz. zu zahlen.

Ein künstliches Bein ist kein Anlaß zur Renten kürzung. Für den Verlust des linken Beines war dem Arbeiter Konrad K. in Stammheim eine Rente von 70 Proz. zuerkannt worden. Nachdem die Berufsgenossenschaft dem Verletzten ein künstliches Bein beschafft hatte, schätzte der Arzt die dadurch erhöhte Erwerbsfähigkeit auf 25 Prozent und dementsprechend wurde die Rente herabgesetzt. Die Berufung zum

Schiedsgericht war erfolglos, das Reichsversicherungsamt aber billigte dem Verunglückten die Rente von 70 Proz. bis auf Weiteres zu.

Wie langsam die Schiedsgerichte arbeiten, möge das folgende, ebenfalls dem Jahresbericht des Nürnberger Arbeitersekretariats entnommene Beispiel beweisen:

Am 25. November 1899 hat der Maurer Joseph G. in Röhrenbach bei Schweinau gegen einen Bescheid der Bayerischen Bau-Berufsgenossenschaft Berufung zum Schiedsgericht angemeldet. Bei Feststellung des Verletzten — Anfangs Februar 1901 — also nach mehr als 14 Monaten, ist noch kein Verhandlungstermin angesetzt. Vier, sechs, ja acht Monate vergehen in der Regel, bevor eine Berufung vor dem Schiedsgerichte verhandelt wird. Dann dauert es gewöhnlich zwei Monate, häufig auch länger, bis dem Verletzten das Urtheil zugestellt wird, so daß die erste Instanz durchschnittlich 8 Monate zur Entscheidung eines Streitfalles braucht. Bedenkt man, daß die Verletzten sich fast ausnahmslos in der dürrigsten Lage befinden, dann begreift man den Unmuth der Beschwerdeführer über diese unverantwortliche Verzögerung der Streit sachen.

In drastischer Weise äußern mitunter die Verletzten ihren Unmuth. Der Zimmermann Johann W. verunglückte im Jahre 1898. Um die Rentenzahlung streiten sich zwei Berufsgenossenschaften. Gegen einen abweisenden Bescheid der einen Berufsgenossenschaft hat sich der Verletzte in folgender Weise gewendet:

Meint Ihr Herren vielleicht, Ihr könnt einen armen verunglückten Zimmermann noch länger für'n Narren halten? Seit dem August 1898 läuft meine Sache von einer Instanz zur andern. Es scheint, Ihr wartet nur darauf, daß ich einmal einen Termin veräume, damit ich keinen Anspruch mehr habe und Ihr Euren Verstand nicht anstrengen braucht. Jetzt reißt mir die Geduld und ich werde unserem Kaiser direkt meine Sachen vorlegen und ihm klar machen, was für Beamte Er und das Volk bezahlt. Es ist doch zweifellos, daß ich Anspruch auf eine Rente habe und dazu seid Ihr eben da, daß Ihr ausfindig macht, wer bezahlen muß.

Zur Kenntniß und Darnachachtung

Johann W.

Das war deutlich; wenn auch die Berufsgenossenschaft die Einmischung des Kaisers nicht zu befürchten brauchte.

Beachtenswerth ist, was in dem Jahresbericht über die Rentenabfindung nach den neuen Unfallversicherungsgesetzen gesagt wird. Es heißt da:

Ist bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 15 oder weniger Prozenten der Vollrente festgesetzt, so kann nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde die Berufsgenossenschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Der Verletzte muß vor Annahme seines Antrages darüber befehrt werden, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sein Zustand sich erheblich verschlimmern würde. Die Berufsgenossenschaften haben ein großes Interesse, sich die kleinen Renten vom Halse zu schaffen. Die kleinen Renten bilden die große Mehrzahl, ihre Abfindung würde die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften sehr erheblich vermindern. Abgefundenen Renten schließen für die Gesellschaft das Risiko einer späteren Erhöhung völlig aus. Es ist deshalb voranzuziehen, daß die Berufsgenossenschaften es den Verletzten sehr erleichtern werden, Anträge auf Rentenabfindung zu stellen. Die Verletzten befinden sich vielfach in einer schlimmen Nothlage, es werden durch die größere Summe, die bei Abfindung der Rente in Aussicht steht, viele Rentenberechtigten verführt, Abfindung zu beantragen. Wir müssen da zur äußersten Vorsicht mahnen. So zweckmäßig es unter Umständen für einen Verletzten sein kann, eine größere Summe Geldes zur Verfügung zu erhalten, so schwer kann er durch die Abfindung sich selbst schädigen, wenn die Abfindungssumme zu gering bemessen wird. Ausländer werden, falls sie ihren Wohnsitz im deutschen Reiche aufgeben, mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abgefunden. Für die Berufsgenossenschaften liegt die Ver suchung zu nahe, auch deutsche Arbeiter mit diesem Betrag abzufinden; dabei würden aber nur die Berufsgenossenschaften ein glänzendes Geschäft machen. Im Allgemeinen sind wir der Meinung, daß Verletzte nur in zwingendsten Fällen Abfindung beantragen, vor definitivem Abschluß der Verhandlungen sich aber stets mit dem Arbeiter-Sekretariate in Verbindung setzen sollten. Es lassen sich keine bestimmten Vorschläge geben, was die Verletzten bei der Abfindung fordern können. Das ist abhängig von dem Alter und den Gesundheitsverhältnissen der Verletzten. Allen Arbeitern werden die Berufsgenossenschaften geringere

Summe bieten wie jungen, weil bei ersteren das Risiko der Rentenzahlung ein geringeres ist wie bei jungen Rentenberechtigten. Junge Leute sollten Abfindungen nie unter dem zehnfachen Betrag der Jahresrente eingehen, der fünf- oder sechsfache Betrag der Jahresrente dürfte aber auch bei Arbeitern, die über 50 Jahre alt sind, als Minimum für die Abfindung gelten. Auch sollten Verletzte, bevor sie einen Antrag auf Rentenabfindung stellen, sich vorher von einem erfahrenen Arzte untersuchen lassen, um begutachtet zu können, ob ihr Zustand sich nicht später verschlimmern könnte. Wenn diese Rathschläge seitens der Verletzten Beachtung finden, dürfte die Rentenabfindung nicht zum Schaden der Rentenempfänger ausfallen.

Das sind der Beachtung werthe Rathschläge, die zugleich ein Beweis sind für die Nothwendigkeit und Nothwendigkeit von Arbeitersekretariaten.

### Zur Generalversammlung.

Zur Abänderung des § 16, Ziffer 7 unseres Statuts haben die Mitglieder der Verwaltungsstelle Stuttgart in der Hauptversammlung vom 24. Februar mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, an die Generalversammlung in Nürnberg den Antrag zu richten, daß in diesem Absatz der Schlußsatz folgende Fassung erhalte:

Wird dieser Prozentatz am Orte nicht für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke voll verbraucht, so verbleibt der Ueberschuß davon am Orte zur Ansammlung eines Reservefonds, zum Zweck der Verwendung bei örtlichen Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Begründung dieses Antrages wurde in der Versammlung angeführt, daß es zunächst eine Ungerechtigkeit im Statut bedeute, wenn diejenigen Ortsverwaltungen, die durch ein sparsames Wirtschaften Ueberschüsse aus dem 20 Prozent erzielen, nach dem Statut gehalten sind, diese Ueberschüsse an die Hauptkasse abzuführen. Weiter wurde betont, daß die Ortsverwaltungen bei plötzlich ausbrechenden Abwehrstreiks, da diese sich in der nächsten Zeit unter dem Einfluß der im Anzuge befindlichen Krise mehren dürften, doch Mittel zur schnellen Verwendung und Verfügung haben müssen, um bei solchen Streiks sofort, wenn nöthig, finanziell eingreifen zu können, und nicht erst warten zu müssen bis der Hauptvorstand ev. Gelder dazu anweist. Auch ist es häufig dem Hauptvorstand gar nicht möglich, trotz der sofortigen und ausführlichen Berichterstattung der Ortsverwaltungen über dergleichen plötzlich entstehende Differenzen, schnell und im Interesse der Mitglieder am Orte zu beschließen; denn — der Himmel ist hoch und der Hauptvorstand in Stuttgart — es kann bei solchen Differenzen sehr wohl von einer ganz gewaltigen Bedeutung für den Ausgang der Sache sein, wenn die Ortsverwaltung sofort eingreifen kann, ohne erst abwarten zu müssen, was sich der Hauptvorstand in der Ferne für ein Bild nach den auch oft mangelhaftesten Berichten von der Angelegenheit macht.

Selbstverständlich soll das Votumrecht des Hauptvorstandes in solchen Dingen nicht eingeschränkt werden, aber bei solchen plötzlich entstehenden Differenzen kann der Hauptvorstand aus der Ferne die Angelegenheit nicht so beurtheilen, wie die Kollegen resp. die betreffende Ortsverwaltung selber, selbst wenn die Berichte darüber noch so ausführlich sind. Bei Abwehrstreiks, die sich meist sehr schnell entwickeln, ist es deshalb erforderlich, daß die Ortsverwaltungen selber zur Verfügung haben, um wenn nöthig, auch solche Kollegen zu unterstützen, die noch nicht unterstützungsberechtigt sind. Es kann sich z. B. darum handeln, solche Kollegen schnell zur Abreise zu bewegen u. Wie will die Ortsverwaltung das aber ermöglichen, wenn ihr Mittel zu diesem Zweck nicht zur Verfügung stehen? Die Streiks und besonders die Abwehrstreiks werden sich nicht in der Zukunft so schon nach der Schwablonen entwickeln, daß eine genügende Zeit zum Pakieren bleibt. Plötzlich und unermutet treten sie auf und ebenso müssen dann auch die Verwaltungen eingreifen können. Es wird sich freilich dabei nicht umgeben lassen, daß auch der § 23, Ziffer 10 und 14 des Statuts, einer Revision unterzogen wird. Die Einwände, die gegen diese beabsichtigte Aenderung des Statuts kommen werden und die darin gipfeln dürften, daß dann der Jubiläumsaus der Unorganisirten gefördert wird, zu widerlegen, hält nicht schwer. Zunächst kommt in Betracht, daß uns die nächste Zeit einen wirtschaftlichen Rückgang bringen wird und damit auch eine Steife von Lohnkürzungen und Arbeitsver schlechterungen, durch welche wieder der Kampf der Arbeiter gegen einander verstärkt und gefördert wird. Der Jubiläumsaus wird in einer solchen Zeit immer mehr in dem Sich-fügen der Arbeiter zum Ausdruck kommen.

Nun ist es ja theoretisch schon grün, wenn betont wird: „Organisirt Euch in der guten Zeit, daß Ihr gegen die schlechte Zeit gerüstet seid.“ Aber so viel auch nach dieser Richtung hin gethan wird, es ist eben nicht möglich, alle Arbeiter einer Branche derart zu organisiren, daß keine nennenswerthe Zahl mehr außerhalb der Organisationskraft steht. Es wird immer Arbeiter geben, die noch nicht so lange Mitglied sind, daß sie nach dem Statut unterstützungsberechtigt wären. Was soll denn nun mit diesen Kollegen geschehen beim Ausbruch eines Abwehrstreiks? Hunger haben sie auch! Und wenn wir, d. h. die Organisation, ihnen den Hunger nicht stillen durch Unterstützung, dann gehen sie zum Unternehmer, arbeiten dort weiter und kümmern sich den Teufel um den Kampf, den ihre organisirten Kollegen zur Abwehr irgend welcher Maßnahmen der Unternehmer führen. Wir müssen also, ob wir wollen oder nicht wollen, diese nicht unterstützungsberechtigten oder gar unorganisirten Kollegen über Wasser halten, sonst werden sie uns einfach in den Rücken fallen und Streikbrecher werden. Diese nachdenklichen Thatsachen darf man aber heute nicht übersehen und etwa Prinzipienreiterei treiben wollen. Gewiß! Das Prinzip, daß nur diejenigen aus der gefüllten Schüssel essen sollen, die zur Füllung derselben beigetragen haben, ist ganz berechtigt; aber man vergesse nicht, daß der Klapperstorch nur immer unorganisirte Kollegen bringt! In der Praxis ist es nun nach dieser Richtung hin auch schon in den größeren

\* 6. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg nebst Berichten über die Gewerkschaftsorganisationen, Lohnkämpfe, das Gewerbegericht und sozialstatistischen Monographien u. s. w. Selbstverlag des Arbeitersekretariats, Nürnberg 1901.

Zahlstellen gearbeitet. Dort haben die Kollegen sich lokale Fonds durch örtliche Sammlungen, denen auch neben sonstigen Zuwendungen die Ueberbrüsse zufließen, geschaffen. Freilich ist die Organisation in den großen Zahlstellen eine stärkere, und der Indifferenzismus wirkt dort nicht so schädlich und hemmend bei Abwehrstreiks wie in den mittleren und kleineren Zahlstellen. Aber man beachte auch, daß den großen Zahlstellen die agitatorisch geschulten Kräfte aus den kleineren und mittleren Zahlstellen von selber zufließen, die dort die Organisation dann verstärken, während draußen in der Provinz die Zahlstellen immer wieder ihre ganzen Kräfte auf das Herausholen der Unorganisierten, der auch noch kleineren Orten Zugereisten verwenden müssen. Unter diesen Umständen wird es den mittleren und kleineren Zahlstellen eben viel schwerer zu organisieren und deswegen ist der Wunsch wohl sehr berechtigt, wenn verlangt wird, daß die Ueberbrüsse aus den 20 Prozent für derartige Zwecke am Orte bleiben. Vermerken man nicht, daß es bei Abwehrstreiks darauf ankommt schnell zu wirken, schnell die noch nicht Bezugsberechtigten zu entfernen oder sie zu unterstützen. Das wird auf den Unternehmern ganz anders wirken, als wenn die Unorganisierten oder die noch nicht Unterstützungsberechtigten am Orte bleiben und — weil wir aus Prinzip keine Unterstützung an solche Mitglieder zahlen, die in „außerordentlichen Fällen“ noch nicht 13 Wochen dem Verbandsangehörigen und Beiträge gezahlt haben — Streikbrecher werden.

Die Aufhebung der bisher bestehenden Fassung des § 16 Biff. 7 soll dazu dienen, daß die Ortsverwaltungen sich lokale Fonds für derartige Zwecke schaffen, um dadurch nicht den Indifferenzen vom Beitritt in die Organisation abzuhalten, sondern um das von der Organisation in der günstigen Geschäftszeit dem Unternehmer Abgeräumte auch unter einer schlechteren Konjunktur zu bewahren und zu erhalten. Haben die Zahlstellen aber erst einmal dadurch den Anfang gemacht zur Errichtung eines lokalen Fonds, dann finden sie auch weitere Mittel am Orte zur Vermehrung desselben und — was so nebenbei gesagt sein mag — sie brauchen dann auch nicht bei jeder Gelegenheit gleich zu Anfang den Klagenbeurteil in Bewegung setzen, um die oft geringen Summen zur sofortigen Abreise u. von Kollegen zu erhalten.

H. F.

### Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-V. für den Agitationsbezirk Schlesien und Posen.

(Abgehalten am 24. Februar 1901 im Gasthof zu den „Drei Bergen“ in Liegnitz.)

Nach Begrüßung durch den Kollegen Meier-Liegnitz eröffnet der Agitationsleiter Kollege Biedermaier die Versammlung um 10 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

1. Tätigkeitsbericht der Agitationskommission.
2. Bericht der Delegierten.
3. Agitation.
4. Anträge zur Generalversammlung.
5. Verschiedenes.

In das Bureau wurden gewählt: Siffel-Breslau als 1. Vorsitzender, Schröder-Görlitz als 2. Vorsitzender, Meier-Liegnitz als 1. Schriftführer, Philipp-Görlitz als 2. Schriftführer. Nach Prüfung der Mandate ersparrte Kollege Biedermaier den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist von 1963 auf 2628 gestiegen; 4 Zahlstellen hatten noch keinen Bericht eingereicht. Nur die Verwaltungsstellen Liegnitz, Neusalz a. O. und Grünberg haben einen Rückgang zu verzeichnen. Der Hauptgrund des Rückganges in Grünberg ist in den Sozialverhältnissen begründet. Anzugesangen sind 304 Briefe und Karten, eingegangen 347. Verlesungen wurden insgesamt 47 abgehalten, davon in Breslau 16. Die Abrechnung ergibt an Einnahmen: Beiträge von den Verwaltungsstellen inkl. 200 M. Zuschuß vom Hauptverband 910,13 M., Ausgabe 668,72 M., Bestand 141,41 M.

Ein Antrag, dem Leiter der Agitationskommission eine Entschädigung von 20 M. zu gewähren, wurde angenommen. Eine Interpellation über die zu späte Einberufung der Konferenz wurde nach kurzer Debatte erledigt.

Die Berichte der Delegierten ergaben, daß die Agitation eine rege war. Von Bedeutung ist besonders die Mitgliederzunahme in Bromberg. Sie stieg von 11 im Jahre 1899 auf 256 im 1900. Lohnstreiks sind nur in Schweidnitz und Breslau vorgekommen. In Schweidnitz wurde in sämtlichen Betrieben der 10-Stundenarbeit erzwungen. In Breslau fand ein Abwehrstreik der Seifenbauer in der Waggonfabrik statt. In Hoffmanns Maschinenbauanstalt wurde der Streik, da 90 Proz. der Arbeiter organisiert sind, bald erledigt. Bei „Archimedes“ wurde der Streik durch das Eingreifen des Kollegen Korditzky zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Die Seifenbauer bei Häbner und Krosowatz streikten 24 Stunden, auch dort wurde der Streik zur Zufriedenheit erledigt. Die Löhne in Schlesien und Posen schwanken zwischen 18—40 J.

Agitation. Sitz der Agitationskommission bleibt Breslau. Schneidewind-Breslau ist der Ansicht, daß sich auch tüchtige Agitatoren in der Provinz finden, dadurch könne die Agitationskommission verstärkt werden. Es wurde beschlossen, daß jede Verwaltungsstelle die Kollegen, die ein Komitee halten können, dem Agitationsleiter zu melden hat. Folgende Anträge waren eingegangen:

1. Die Delegierten mögen beschließen: daß für die beiden Provinzen Posen und Schlesien ein beidseitiger Vertrauensmann ernannt wird. — Der Antrag wurde nach langer Debatte, in der Kollege Werner erklärte, daß sämtliche Kosten für die Agitation der Hauptverband tragen wird, abgelehnt.

Kollege Werner wünschte, daß die Breslauer „Allgemeine“ ihre Agitation selbst betreibt und die Agitationskommission nur für die Provinz da sei. Es wird demgegenüber beschlossen. — In die Agitationskommission wurden folgende Kollegen gewählt: Biedermaier, Korditzky, Siffel, Bogler, Schneidewind.

Anträge zur Generalversammlung.

1. Die Zahlstelle der Goldarbeiter in Breslau beantragt: Die Generalversammlung möge beschließen: Die Arbeitsunterstützung wird nicht nach Ablauf von 7 Tagen,

sondern vom ersten Tag an bezahlt. — Der Antrag wurde angenommen.

2. Die Zahlstelle der Goldarbeiter in Breslau beantragt: Die Generalversammlung möge beschließen: Die Karenzzeit bei Angriffsstreiks auf 6 Wochen herabzusetzen. Der Antrag wurde angenommen.

3. Die Zahlstelle der Klempner in Breslau beantragt: Die Generalversammlung möge beschließen, einen Zentral-Arbeitsnachweis der Klempner analog dem der Feilenhauer einzuführen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dazu beantragt Kollege Korditzky-Breslau, daß ein Arbeitsnachweis für Breslau und Schlesien mit Hilfe der Klempnerinnung errichtet wird. Der Antrag wurde angenommen.

Alle übrigen Anträge: Krankenunterstützung und Sterbegeld betreffend, wurden abgelehnt.

Bei Verschiedenes wurde auf Anregung von Breslau beschlossen: Jedem angestellten Referenten pro Tag 6 M. zu gewähren, den in einem Arbeitsverhältnis stehenden 10 M. Außerdem erhält jeder Jahrgeld für die 3. Wagenklasse. Ist ein Referent gezwungen, übernachten zu müssen, erhält er noch 2 M. extra.

Der Agitationskommission bleibt es überlassen, zu bestimmen, wann die nächste Konferenz stattfinden soll.

Besetzten waren 13 Ortsgruppen durch 28 Delegierte. Nach einem Schlusssatz Korditzkys erfolgte Schluß der Konferenz um 7 1/4 Uhr Abends.

### Mitteilungen aus der Metall-Industrie.

Der jetzt gegründete amerikanische Eisen- und Stahlmarkt hat den Zweck: Die Herstellung von Stahl, Eisen, Kupfer und anderen Materialien, Eigentum, Inbesitznahme und Erhaltung von Gruben, Besitz von Transportmitteln. Um von dem Umfang der Vereinigung unseren Lesern einen Begriff zu geben, lassen wir nach den Berichten amerikanischer Zeitungen die einzelnen Gesellschaften folgen, die nunmehr von einer einzigen Direktion geleitet werden. Wie eine Kabeldepesche vom 27. Februar meldet, beginnt die neue Direktion schon am 1. April ihre Tätigkeit. Die Aufzählung nennt in erster Reihe die Gesellschaft, in der zweiten bis vierten die Kapitalnummern jeder einzelnen Gesellschaft, die in Vorzugs-Stammaktien und Bonds zerfällt und endlich in der fünften Reihe die jährliche Erzeugung in Tonnen. Der neuen Aktienliste gehören an:

	Vorzugsaktien	Stammaktien	Bonds	Jährliche Erzeugung in 1000 T.
	in 1000 Dollar			
Carnegie Co. . . . .	—	160000	160000	3000
Federal Steel Co. . . . .	100000	100000	126800	2250
National Tube Co. . . . .	40000	40000	—	1100
Amer. c. Bridge Co. . . . .	35000	35000	—	800
Americ. Steel and Wire Co. . . . .	40000	50000	15630	1500
Pressed Steel Car Co. . . . .	12500	12500	—	425
National Steel Co. . . . .	27000	32000	2811	1700
American Steel Hoop Co. . . . .	14000	19000	—	900
American Tin-Plate Co. . . . .	20000	50000	—	450
American Sheet Steel Co. . . . .	26000	26000	—	450
Pennsylvania Steel Co. . . . .	1500	5000	7000	850
Colorado Fuel and Iron Co. . . . .	2000	23000	7597	340
Lakawanna Iron and Steel Co. . . . .	—	25000	—	600
Bethlehem Steel Co. . . . .	—	15000	1351	500
Cambria Steel Co. . . . .	—	16000	—	750
Jones and Laughlin . . . . .	—	20000	—	600
Nippon. Iron and Steel . . . . .	25000	30000	—	1250
Crucible Steel . . . . .	25000	25000	—	350
Americ. Iron and Steel . . . . .	3000	17000	—	150
Americ. Bar and Foundry . . . . .	30000	30000	—	1000
U. S. Cast Iron Pipe and Foundry . . . . .	15000	15000	—	550
Tenn. Coal, Iron and Steel . . . . .	—	23000	10172	850
Sloss-Sheffield Steel and Iron . . . . .	10000	10000	13835	450
Empire Iron and Steel Co. . . . .	2500	2500	—	275
<b>Summa</b>	<b>428500</b>	<b>761000</b>	<b>238196</b>	<b>21090</b>

Das Kapital der hier angeführten Gesellschaften beträgt nicht weniger als 1,427,696,000 Dollar oder rund sechs Milliarden Mark. Diese Ziffer ist so riesig, daß man dabei eher an vereinigte Budgets mehrerer Großstaaten denken möchte, als an die Gründung einer Privat-Aktiengesellschaft, die in letzter Linie diese Kombination ist. Die Produktion dieser 24 Gesellschaften beträgt in Eisenproduktion allein 21,090,000 Tonnen. Um einen Vergleich zu ermöglichen, hat Calver in der Leipziger Volkszeitung für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie die Erzeugung für das Jahr 1898 zusammengefaßt und zwar die Erzeugung an Hoheisen sowohl als die Verarbeitung des Hoheisens zu Halbzeug, Stahl, Eisenbahnschienen, Röhren, Draht, Bleche u. Dabci stellt sich heraus, daß Deutschlands Eisenerzeugung im ganzen 15,336,500 Tonnen beträgt, also rund nur drei Viertel der Produktion des amerikanischen Stahl- und Eisens. Außerdem erzeugen die einzelnen Gesellschaften außer Stahl und Eisen auch noch andere Paaren, so namentlich Zehlen. Auch sind sie im Besitz von Eisenbahnen, Schiffen und Antheilen großer Fabriken.

Der Einfluß dieses Riesenunternehmens wird sich ohne Zweifel auf dem Weltmarkt sehr bald geltend machen. Es gelang den Amerikanern bisher trotz vereinigter gelungener Exportversuche im Großen und Ganzen noch nicht, Europas Markt damit mit Eisen zu besetzen, daß der amerikanische Preis ausschlaggebend geworden wäre. Aber nunmehr gibt es kein Land mehr, dessen Eisenerzeugung der kommenden Preissteigerung der United States Steel Corporation sich auf die Dauer entgegen könnte.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird nachstehend aufgeführte Verwaltungsstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtzahlung der Extrasteuern Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Cottbus und Straßund je ein Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Monat und Mitglied. Der Verwaltungsstelle in Hehyd einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Monat und Mitglied vom 1. Januar 1901 an.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Statuts werden die Einzelmitglieder in Döbeln hierdurch zur Zahlung einer Extrasteuer von 5 Pfg. pro Monat mit dem Bemerkten verpflichtet, daß die Nichtzahlung der Extrasteuer die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremerhafen: der Schlosser Friedrich Heinsohn, geb. zu Westemünde am 31. August 1875, Buch-Nr. 298742, wegen Streikbruchs;
- der Maschinenbauer Albert Schwieger, geboren zu Westemünde am 24. Oktober 1871, B.-Nr. 104314, wegen unsolidarischen Verhaltens;
- der Dreher August Stoll, geboren zu Göttingen am 6. Juli 1872, B.-Nr. 170029, wegen Streikbruchs.

Dem Mechaniker Wilhelm Meier, geb. zu Barel am 1. März 1867, H.-Nr. 347292 wird hierdurch Gelegenheit zur Rechtfertigung mit dem Bemerkten gegeben, daß er, sofern er auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigt, aus dem Verband ausgeschlossen wird. Meier wird zur Last gelegt, daß er, obwohl er noch nicht dazu berechtigt war, sich 89,50 M. Reisegeld erschwandelt hat.

Dieselbe Aufforderung ergeht an den Schlosser Alexander Simon Weiß, geboren zu Karlsruhe am 1. Oktober 1882, B.-Nr. 394141, weil er sich durch Vorpiegelung eine Extrasteuer erschwandelt hat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

**Eyodor Werner, Stuttgart, Heiderstraße 160/1,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

74. Gustav Kleinert, Bernburg, Mühlstraße 23.

### Quittung

über die vom 1. bis 28. Februar 1901 bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Altwasser M 74, Alzay 24,47, Aichersleben 160, Barmen 800, Bayreuth 50, Bernburg 200, Biebrich 19,95, Brandenburg 800, Braunschweig 620, Bremen 400, Breslau: Klempner 100, Cannstatt 900, Cassel 200, Grimnitzschau 150, Dessau 200, Düsseldorf 200, Edigheim-Opbau 41,28, Eisenach 200, Elbing 100, Effen a. Ruhr 200, Feuerbach 100, Finsterwalde 100, Flensburg 300, Frankfurt a. M. 1300, Freiburg i. Br. 200, Fürth: Allg. 200, Schläger 600, Gellenkirch-Schalke 100, Geselesberg 100, Göttingen 400, Görlitz 200, Hainholz 80, Hannover: Klempner 100, Hagenau 80, Hildesheim 100, Kiel 400, Langenberg 31,91, Limbach 90, Linden 500, Osbau 50, Pollat 10, Lübeck 800, Lütz 38,70, Lützenwalde 100, Münsingen 100, Naumburg 200, Rühlhausen i. Thür. 101,12, Rümchen: Monteur 349,46, Neudamm 120, Niederstedt 360, Nienburg a. S. 400, Novarres-Neuendorf 300, Nürnberg: Feingoldschläger 400, Offenbach a. M. 400, Ohlig 150, Osnabrück 50, Pforzheim 200, Prenzlau 60, Rathenow 400, Reglau 80, Rostock 300, Roth a. Sand 70, Saalfeld 400, Saengerhausen 150, Schnitzling-Doss 100, Schneeb. 200, Schramberg 88,02, Schweidnitz 50, Schweinfurt 100, Schwennungen 200, Stettin 400, Stuttgart 1000, Tönnisheide 100, Vegeack 100, Völsert 100, Wilhelmshafen 200, Zeitz 200, Zitt: Kaffeten 32, Makulatur 12, Zurückbezahlt Schuld von: J. Hojzler, Cassel 14, F. Henze, Delitzsch 5, R. Behrensmeier, Jörde 10, J. Swilte, Finsterwalde 40, R. Racher, Sandau 10.

### Quittung

über die vom 1.—28. Februar 1901 bei der Hauptkassa eingegangenen Sammelgelder.

Von: Rammheim M 27,60, Stuttgart 10.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehenden Quittungen genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

# Korrespondenzen.

## Formier.

**Dessau.** 6. Hagen. Sämtliche Temper- und Graugussformier der Firma Fried. Kisting haben am 2. März wegen Maßregelung etlicher Kollegen die Kündigung eingereicht. Zugang ist daher fern zu halten.

**Dessau.** Zugang ist fernzuhalten von Formiern nach Dessau (Eisengießerei vormals Green u. Co.) wegen Streiks.

**Mühlhausen i. Th.** Hier ist ein Formierstreik ausgebrochen. Zugang fern halten.

## Gold- und Silberarbeiter.

**Berlin.** In der Versammlung der Gold- und Silberarbeiter vom 26. Februar hielt Genosse Th. Mehnert einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das zeitgemäße Thema: „Gleiches Recht für Alle“. Eine längere Debatte rief die in der Gründung begriffene Besteckwarenfabrik von Louis Bahner, Berlin, Oranienstraße 172 hervor. Kollege Seynemann hält es für unzweifelhaft, daß Herr Bahner die Lehrlingszuchterei wie in Düsseldorf, auch hier einzuführen gedenkt. Es ist Pflicht aller Kollegen dahin zu wirken, daß dem Herrn Bahner klar gemacht wird, daß Berlin nicht der Platz ist, wo Lehrlinge nach Herzenslust ausgebeutet werden können. Kollege Altmendinger hält es für sehr zweckmäßig, wenn zu einer gründlichen Aussprache über den betreffenden Betrieb eine nur aus Besteckarbeitern bestehende Versammlung seitens der Agitationskommission einberufen werde. Denn stimmt die Versammlung zu. Bei der Firma H. Mehnert u. Co., Sebastianstraße 20, ist ein Drücker Steinberg, der die Drückerlehrlinge zu beaufsichtigen resp. anzulernen hat. Für diese Mühe läßt sich Herr Steinberg, trotz seines Lohnes, von den Eltern der Lehrlinge eine Entschädigung von 150—200 M zahlen. Wie er bei der Einreise dieser Summen verfährt, das grenzt nahezu an Erpressung. Ein solcher junger Mann wurde, wenn es mit der monatlichen Ratenzahlung haperie, mit den Worten angehehrt: „Frag mal Deinen Vater, wie es mit der üblichen Ratenzahlung steht.“ Bei einem anderen jungen Manne, dessen Vater ein Geschäft hatte, hieß es: „Du, hör mal, Deines Vaters Geschäft geht wohl sehr schlecht, erinnere ihn einmal an mich“ u. s. w. Mit dem Drücker Steinberg werden wir uns noch beschäftigen, wir gedenken nur noch das Material zu vervollständigen.

## Metall-Arbeiter.

**Berlin.** In der Maschinenfabrik von G. Stein, Blumenstraße 24 sind 60 Arbeiter wegen Verweigerung von Ueberzeitarbeit am Mittwoch, den 6. März ausgesperrt worden. Am Montag, den 21. Januar wurde den Arbeitern durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Arbeitszeit bis auf Weiteres täglich 10 Stunden betrage, jedoch ohne Zuschlag für die 10. Stunde. Eine Kommission, welche zweimal bei der Fabrikleitung vorstellig wurde, erhielt den Bescheid, wenn es nicht passe, könne gehen. Die Arbeiter fügten sich zunächst, nahmen jedoch am 4. März aufs neue Stellung und beschloßen, da 40 Schraubstöcke, wie auch mehrere Drehbänke frei waren, vom 5. März ab jedwede Ueberzeitarbeit zu verweigern, welcher Beschluß auch von allen Arbeitern mit Ausnahme von 5 durchgeführt wurde, worauf die Arbeiter am 6. März, Früh, ausgesperrt wurden. Sofort unternommene Verhandlungen durch den Bevollmächtigten führten zu keinem Ergebnis. Der Betrieb ist daher gesperrt.

**Berlin.** Montag, den 4. März, fand eine von ca. 1800 Arbeitern und Arbeiterinnen der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft besuchte Versammlung statt, welche nach dem Referat eines Kollegen beschloß, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die Arbeitszeit auf täglich 7 Stunden zu beschränken, damit weiteren Entlassungen vorgebeugt würde. Bei den Verhandlungen erklärte sich zwar die Direktion dagegen, die 7stündige Arbeitszeit generell in allen Betrieben einzuführen, doch soll dies in allen Abteilungen geschehen, wo die Majorität der Arbeiter dies wünscht. — In Betrieben der Firma Siemens u. Halske ist in vielen Abteilungen die Arbeitszeit gleichfalls auf 7 Stunden pro Tag reduziert. In einer sehr großen Zahl weiterer Betriebe ist gleichfalls die Arbeitszeit auf 7, 6, 5 ja sogar 4 Stunden täglich herabgesetzt. In einigen Betrieben, wie Ehrlich u. Städt, G. Grauert usw. wird nur an 5 Tagen in der Woche gearbeitet. Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter Berlins dürfte etwa 7000 betragen.

**Chemnitz.** Am Sonntag, den 3. März, fand im „Feldschlößchen“, Kappel, eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Der Streik der Nadelmacher bei Voge u. Neuberger, Kappel. Der Referent, Kollege Krause, führte zunächst an, daß es sich hier um einen Korbwehreistreik handle und daß dieser Vorstoß nicht von der Firma allein ausginge, sondern diese den Ringfabriken Vorparandien leistete. Dann beleuchtete er näher den Stand des Streiks, der für die Ausständigen günstig stehe; es sei wohl der Firma gelungen eine Anzahl Streikbrecher zu finden, davon seien aber nur vier Nadelmacher und Leute, mit denen die Firma wohl auf keinen grünen Zweig kommen wird. In der folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Nachstehende Resolution tagende Versammlung spricht den Nadelmachern der Firma Voge u. Neuberger in Kappel ihre vollste Sympathie aus. Sie erklärt, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß den streikenden Arbeitern zum Siege verholfen wird. Obwohl die Versammlung die Ueberzeugung hat, daß der Kampf ums Dasein zur Zeit ein schwerer ist, kann sie doch das Verhalten der während des Streiks bei Voge u. Neuberger in Beschäftigung getretenen Arbeiter nicht billigen und spricht deshalb denselben ihre Mißbilligung aus.

**Dessau.** Von 2500 Metallarbeitern am Orte sind 200 im D. M. A. organisiert, ca. 50 im F. S. d. F. und ca. 50 mögen dem H.-D. Gewerksverein angehören. Bemerkenswert ist, daß unser Mitgliederbestand sich zum größten Teil aus jüngeren Kollegen rekrutiert. Befremden und Kopfschütteln muß es nur bei jedem modernen Arbeiter erregen, wenn er zu hören bekommt, daß es gerade den indifferenteren Metallarbeitern mit zu verdanken ist, daß

vergangenen Herbst vier Sozialdemokraten, darunter auch ein Kollege von uns, bei den Stadtverordnetenwahl als Sieger hervorgingen. Man sollte nun meinen, daß es gar keine große Mühe verursacht, alle diese Indifferenten dem Verbände zu gewinnen. Ja, Profit Mangelzeit, da keimen denn doch die Kollegen die Dessauer Kunst- und Kunstschlosser, Dreher usw. schlecht. Die meisten dieser Herren, welche Dessau's Mauern noch nie verlassen, fühlen sich überhaupt viel zu erhaben, um sich da mit irgend einem hergelangenen Fremden einzulassen, sich mit ihm zu unterhalten oder gar ihm anzuvertrauen, welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier herrschen. Besonders fällt dies in der Berlin-Anhalter Maschinenfabrik so recht in die Augen. In dieser Fabrik, im Volksmunde „Nagelbude“ genannt, sind über 1000 Arbeiter beschäftigt. Da ist Gelegenheit für sich dafür Interessierende, die „Proben“ unter den Proletariern kennen zu lernen. In der ganzen Fabrik mögen vielleicht 100 Organisierte verschiedener Schattirungen sein, die Uebrigen alle — dakat. Sehen wir uns nun einmal einen der Letzteren genauer an. Worin besteht nun eigentlich sein Stolz? Was hindert ihn, mit seinen Kollegen Schalter an Schalter zu kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Denn er hat es selbst mit am eigenen Leibe erfahren müssen, wie so nach und nach im Zeitraum von 2—3 Jahren die Akkordpreise bis über die Hälfte gesunken sind, und die sonstigen Zustände immer schlechter wurden. Scheuen vielleicht alle diese Kollegen die wenigen Groschen, die sie dem Verbände opfern müßten? Auch das kann es nicht sein, denn so sehr Viele sind in Klümmen- und sonstigen hurrapatriotischen Vereinen engagiert, in denen sie viel mehr Geld für Nichts verschleudern, wie wenn sie als Verbandsmitglieder für eine ernste Sache ihre Beiträge entrichteten. Nein, um kurz zu sein, Neugier, Reichelei und Liebedienerei ist es, die den meisten schon angeboren zu sein scheint. Wie wäre es auch sonst möglich, daß sich ganz untergeordnete Beamte als Herren gerieren, und alte erfahrenen Leute auf jede erdenkliche Weise zu chikanieren suchen. Wie könnte es sonst möglich sein, daß der Herr Direktor sich anmaßen kann, zu einem Arbeitervertreter, auf dessen wohlgegründete Beschwerde, in der Gießerei mehr Ventilation zu schaffen, zu sagen: „Es ist mir gut, daß wir mit unseren Formiern nicht verheiratet sind, wenn's hier nicht paßt, kann gehen.“ Das sagt derselbe Herr Direktor, der seinen Stolz darin sucht, der hiesigen Spar- und Baugenossenschaft als Aufsichtsratsmitglied anzugehören und sich berufen fühlt, für Arbeiter gesunde Wohnungen zu schaffen. Wätsche doch der Herr Direktor in seiner angeborenen Menschenfreundlichkeit dafür sorgen, daß in erster Linie in der Fabrik bessere sanitäre Zustände geschaffen werden, die Arbeiter wären damit zufriedener, als wie mit seinem Wohlwollen für andere Dinge. Und es käme dann auch nicht so häufig vor, daß arme halbkranke Arbeiter bei ihren gerechten Forderungen krenzbährliche Antworten bekämen. Und so könnte man noch ein ganzes Buch vollschreiben von all' den Ungehörigkeiten, die nicht vorzukommen könnten, wenn eben ein jeder Arbeiter einigermaßen Manneswürde besäße, wenn ein Jeder den Stolz in sich fühlte, sich auch als Mensch zu betrachten und nicht nur als willenlose Arbeitsmaschine. Freilich, damit haperts eben bei den Nagelbudenarbeitern, die fühlen sich nur stolz, wenn sie für 25jährige Ausbeutung einen Orden erhalten oder wenn sie jährlich mal eine Gratifikation von vielleicht 20 M erhalten, oder wenn sie auf den Fabrikball mal mit den Beamten oder gar mit dem Herrn Direktor antöhen dürfen, oder was das Beste ist, wenn sie einen Kollegen, welcher erst angefangen hat, die Arbeit wegzunehmen oder ihn recht niedrige falsche Preise angeben können, damit sie nur ja recht viel verdienen. Was braucht denn der Andere zu leben? Das ist der Männerstolz dieser Epochen. Sucht man sie aufzutreiben aus ihren Wahn — Ach, rühr' nicht an. „Wir sind zufrieden!“ lautet die stolze Antwort. Und dabei Schulden auf allen Ecken und Kanten! Dabei liegt doch Dessau auch in der gemäßigtesten Zone, mag da mancher Unbekannte denken, wie ist es nur möglich, daß bei den meisten Dessauer Metallarbeitern der Gehirnkasten eingefroren zu sein scheint? Wir sagen: nur Geduld, „Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ So wird es auch noch den Nagelbudenarbeitern ergehen.

**Frankfurt a. M. - Bockenheimer.** Eine außerordentliche Dampfversammlung tagte am 2. März. Die zur Generalversammlung gestellten Anträge wurden nach eingehender Beratung angenommen. (Wir nehmen Abstand von der Veröffentlichung dieser Anträge, da diese in 14 Tagen vom Hauptvorstand veröffentlicht werden.) Als Delegierte zur Generalversammlung wurden gewählt die Kollegen Bornemann, Wolfmayer und Vetsch.

**Halle i. S.** Am Dienstag, 5. März, war der Saal des Neuen Theaters vollständig gefüllt. Das einleitende Referat über die in den letzten Wochen von verschiedenen Fabrikanten vorgenommenen Entlassungen und Lohnkürzungen hielt der Kollege Ebeling. In der Entlassung von Arbeitern hat die Halle'sche Maschinenfabrik, die hier kurzweg als Dividendenbude bezeichnet wird, wirklich Erstklassiges geleistet. Man hat sich dort nicht scheut, Arbeiter zu entlassen, die 26 Jahre in diesem Betriebe beschäftigt gewesen sind. Arbeiter, die ein viertel Jahrhundert dazu beigetragen haben, daß die Gesellschaft im Stande war 32, 36, selbst 40 Prozent Dividende zu zahlen, wurden mir nichts dir nichts auf das Pflaster geworfen. In Lohnkürzungen hat sich namentlich Herr Krebs, der Direktor der „Deutsch-Amerikanischen Werkzeugmaschinen-Fabrik“ hervorgetan. Vor längerer Zeit waren bereits an den Akkordtagen der Dreher erhebliche Streichungen vorgenommen, hierzu kam noch, daß er kürzlich alle Arbeiter im Betriebe zusammenrief und denselben einen Lohnabzug von 10 Prozent ankündigte, der dann auch zur Durchführung kam, so daß einzelne Arbeiter nach Erklärungen, wie sie in der Versammlung abgegeben wurden, jetzt 8—10 M pro Woche weniger verdienen. Als Begründung dieser Schmutzkonzurrenz führte Herr Krebs an, daß er mit gewaltiger Schmutzkonzurrenz zu kämpfen habe und daß ihm die Arbeiter hierin unterstützen sollten. Wie man auf die Weise, daß man noch billiger liefern will als der Konkurrent, diese Schmutzkonzurrenz befeitigen kann, ist für uns noch nicht ganz klar. Das Bedauerlichste an der ganzen Sache ist, daß sich die Arbeiter nicht in der erforderlichen Weise zur Wehr setzen konnten. Hierzu hat nicht zum geringsten Teil beigetragen, daß eine Anzahl der Arbeiter bis jetzt

nicht zur Organisation zu bewegen waren und dieser Teil der Arbeiter jetzt sich namentlich aus Chemnitzern zusammen, die sich hier bemühen, die Rolle des besseren Arbeiters zu spielen und glauben, die Organisation nicht notwendig zu haben. Man kann auch verfolgen, wie einzelne Meister bestrebt sind immer mehr von diesen Chemnitzern heranzuziehen. Man hat dies auch schon in anderen Betrieben, wenn auch mit weniger Glück, versucht. In dieser Werkzeugbude hat man es fertig gebracht, Lehrlingen, die an einem Begräbnis Teil nehmen mußten, es war ein Anreißer geblieben, für diese Zeit, 2 1/2 Stunden, 9 M in Abzug zu bringen. Was die Geschäftslage am Orte selbst betrifft, so muß konstatiert werden, daß trotzdem in den letzten Wochen hier und dort Einige eingestellt worden sind, die Zahl der Arbeitslosen noch nicht gefallen ist. In mehreren Betrieben wird auch noch mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet und sind in fast allen Fabriken die Besitzer bestrebt, die jetzige Geschäftslage dazu zu benutzen, die wenigen Fortschritte, die in den Vorjahren erreicht worden sind, wieder rückgängig zu machen.

**Leipzig.** In der am 26. Februar im „Coburger Hof“ abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung erstattete Kollege Probst Bericht von der Landeskonferenz. (Siehe denselben in vor. Nummer. Red.) Der Antrag Schramm habe eine ziemlich lebhafte Debatte hervorgerufen. Durch nichtsjagende, oberflächliche Bemerkungen der Kollegen Diekmann und Krause-Chemnitz, die es durchaus nicht mit dem Vorstand verderben wollten und durch das Einreden des Verbandsvorsitzenden Kollegen Schlichte, der seine ganze Autorität in die Waagschale warf, wurden die Delegierten gewonnen und der Antrag Schramm abgelehrt. Zu der Diskussion protestierte Kollege Scheib energisch gegen den Bureaokratismus des Hauptvorstandes, der, wenn es so weiter geht, uns direkt in das Fahrwasser der Girsch-Dunderianer führe. Pflicht des Vorstandes wäre es gewesen, bei Ausbruch des Formierstreiks sich selber in Leipzig zu orientieren; leider sei das nicht geschehen. Der Mangel an Führung mit den Mitgliedern führe den Vorstand zu unrichtigen Beschlüssen. Den Angriff des Vorstandes, daß ich Briefe vorenthalten hätte, weise ich entschieden zurück. Ich war damals Bevollmächtigter von Leipzig-Weiß und habe als solcher meine Pflicht voll und ganz getan. Kollege Strecke geht mit den Ausführungen des Vorsitzenden Gen. Schlichte sehr unanständig ins Gericht. Schlichte habe wohl ganz und gar verstanden, daß es nur seine Kollegen waren, die ihn dazu gemacht haben was er jetzt ist. Solche Meinerungen wie: „Rebentregierung“ und „ich dulde Niemand neben mir“, gehören ganz wo anders hin, als in eine Arbeiterorganisation hinter dem Formierstreik habe die Sympathie der deutschen Arbeiter gestanden. Die Formier sind nicht aus Wollust in den Streik getreten, sondern das Solidaritätsgefühl mit ihren ausgesperrten Kollegen habe sie dazu veranlaßt. Eine frivolere Handlungsweise seitens des Vorstandes gegenüber den Leipziguern ist wohl noch nicht vorgekommen. Redner kommt noch zu den Ausführungen des Kollegen Niemann-Chemnitz, der wohl auch ganz vergessen hätte, daß er nur durch seine Kollegen emporgehoben worden ist, er solle was Besseres thun als die Kollegen einfallen. Kollege Probst bedauert den einseitigen Bericht der Volkszeitung, die Leipziger Delegierten haben ihre Pflicht getan, wenn aber Kollegen auf der Konferenz sind, die sich der Abstimmung enthalten, dann wäre es besser, sie wären zu Haus geblieben. Im Uebrigen sei die Bedeutung der Konferenz nicht so hoch einzuschätzen, da doch von den 45 Delegierten ganze 10 Mann auf die Generalversammlung gehen. Im gleichen Sinne sprechen die Kollegen Fromm und Böhmke. Fromm stellt den Antrag, die Bildung der Agitationskommission für Nord Sachsen dem Agitationskomitee zu überweisen. Dieser Antrag wird angenommen. Hierauf wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Coburger Hof“ tagende Metallarbeiterversammlung wünscht in Anbetracht der vom Verbandsvorsitzenden Gen. Schlichte gemachten Meinerung auf der Landeskonferenz (betreffs der Leipziger Verhältnisse und des gestellten Antrags: „Schaffung eines Absatz 5 zu § 14 des Statuts“) den letzteren hoch zu halten und ihn der Generalversammlung in Nürnberg zu unterbreiten.“ — Unter Beweis dastilligen beleuchtet Kollege Weiß die Mißstände in der Maschinenfabrik Grudelach u. Gerssach, Ehrteritz, und fordert die Kollegen auf, energisch gegen solche Mißstände Front zu machen.

**Lörrach.** Wie traurig die Verhältnisse in Lörrach für die Schloffer liegen, beweist die Maschinenbauarbeit. Der Besitzer ist der allbekannte Herr Julius Wakenbach. Das Arbeiterjournal setzt sich zusammen aus 3 Drechern, 7 Schloffern, 8 Tagelöhnern, 2 Schmiedern und 11 Lehrlingen, die Mechaniker werden sollen. Für die Arbeiter beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden, für die Lehrlinge vielfach 13, 14 und 15 Stunden. Auch werden letztere häufig zur Sonntagsarbeit herangezogen, was für den Körper sehr schädlich ist, daß er 6 Lehrlinge in Kost und Logis hat. Es ist auch öfters schon vorgekommen, daß Lehrlinge fast die ganze Nacht arbeiten mußten, ohne etwas zu essen zu erhalten. Der höchste Lohn für Schloffer übersteigt 3 M nicht. So werden ältere Arbeiter mit 2,50, 2,60 M und manchmal mit noch weniger pro Tag abgepeist. Da ist es nicht zu verwundern, daß der Wechsel ein großer ist. Die sanitären Verhältnisse lassen manches zu wünschen übrig. Für sämtliche Arbeiter (30—35) besteht nur ein Abort. Im gleichen Maße befindet sich auch das einzige Pflöcker, so daß, wenn der Abort besetzt ist, auch dieses abgesperrt ist, wodurch natürlicher Weise Viele ihre Notdurft an einem anderen Ort verrichten müssen. Zu allem ist dieser einzige Abort des Destoren in einem solch' kläglichem und unsauberen Zustande, daß er überhaupt nicht benutzt werden kann. Dieses trifft hauptsächlich zu am Montag, wenn der Vorarbeiter Kagenanimer hat. Von Waschanstalt ist keine Spur; wer sich waschen will, der kann ins Freie und den Kopf bei Regen oder Schneewetter unter die Pumpe halten, was selbstverständlich bei einer Temperatur von 16—18° unter Null etwas heißen will. Ebenso läßt die Heizung viel zu wünschen übrig. In einem Raume von beinahe 500 Kubikmeter Rauminhalt steht ein Ofen, der aber nicht geheizt werden kann. In einem zweiten Raume, halb so groß, steht ein Ofen für Holzfeuerung, dessen Einrichtung so traurig ist, daß man häufig im Rauch fast erstickt; da hat leghin der Geschäftszücker noch erklärt, es dürfe kein Holz mehr, sondern nur noch Sägepäpne geheizt werden,

wes doch noch viel mehr Raub verursacht. Dann kommt es auch noch vor, daß Strafen bis zu 1,50 Mark verhängt und beim Zahltag ohne weiteres in Abzug gebracht werden; was mit diesem Gelde geschieht, darüber weiß unter den Arbeitern keiner Aufschluß zu geben, ebenso hat noch keiner ein Strafregister gesehen. Trotz dieser mannichfachen Mißständen sehen aber die betreffenden Arbeiter die Notwendigkeit immer noch nicht ein, sich zu organisieren, wodurch doch am schnellsten ordentliche Zustände geschaffen werden könnten. Wir besprechen, daß unter solchen Umständen von einem guten Ruf des Geschäfts Kalkenbachs auf die Dauer die Rede sein kann. Den Arbeitern der betreffenden Firma rufen wir zu: Wacht endlich einmal auf! Hinein in die Organisation, hinein in den D. M.-B., denn nur durch diesen könnt Ihr Euch bessere Arbeitsverhältnisse erringen und Eure Lage verbessern.

**Judwigshafen a. Rh.** Am 25. Februar fand im Gartenlokal des Gesellschaftshauses eine Werkstatt-Verammlung, bei der in den hiesigen Industriebetrieben beschäftigten Arbeiter statt. Veranlassung hierzu war, die letzte Woche erfolgte Kündigung von 49 Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie eine durch Anschlag angekündigte 10prozentige Abfordlöhnerreduktion. Das Referat, für die sehr zahlreiche besuchte Versammlung hatte Kollege Probst übernommen. Derselbe führte in kurzer und sachlicher Weise die Folgen und Einwirkungen der gegenwärtigen schlechten Geschäftslage auf die Arbeiter und deren Verhältnisse den Anwesenden vor Augen. Redner verwies sodann noch auf die Vorzüge des Metallarbeiterverbandes, welcher entgegen der Gewerkschaften der hiesigen Düncker und der christlichen Gewerkschaften jederzeit die Interessen seiner Mitglieder zu wahren bestrebt war, sowie denselben durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung einen Rückhalt bei eintretender Arbeitslosigkeit biete. Mit einer kräftigen Ermahnung an die noch nicht organisierten Kollegen, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen, beschloß Kollege Probst sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat. In der darauf erfolgten, sehr lebhaften Diskussion wurde beschlossen eine 7gliedrige Kommission zu wählen, welche bei Herrn Burg vorstellig werden soll. Als Grundlage der Verhandlung dient der Kommission eine vom Kollegen Probst eingereichte Resolution, welche folgenden Inhalt hat: „Die heutige zahlreich besuchte Werkstatt-Verammlung der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und schlägt vor, eine Kommission zu wählen, die bei Herrn Burg vorstellig wird und über die Durchführung der angekündigten Lohnreduktion und über die Verkürzung der Arbeitszeit an Stelle der Entlassung der 49 Angehörigen verhandelt.“ Kollege Müller erklärt, daß Herr Burg sich ihm gegenüber bereit erklärt habe, mit den Arbeitern so mit den Vertretern zu verhandeln und den Wünschen derselben so weit wie möglich entgegenzukommen. Die Ausführungen der weiteren Redner gipfelten alle in dem Wunsch, daß die Kündigung und Lohnreduktion zurückgenommen und die Arbeitszeit statt dessen entsprechend verkürzt werden solle. Auch sollte die Kommission mit Herrn Burg über die Konstituierung eines Arbeiterausschusses Rücksprache nehmen. Unter Wunsch, die, wie man sieht, gewiß nicht zu weitgehend sind und mit einigem guten Willen leicht zu erfüllen wären. — Am 28. Februar fand eine weitere Werkstatt-Verammlung statt. Den Bericht der Kommission erläuterte Kollege Kipp. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß es trotz der Mühe, die sich die Kommission gegeben hat, nicht möglich war, die Durchführung der Kündigungen oder der angekündigten 10prozentigen Abfordlöhnerreduktion zu erzielen. Herr Burg begründete seine ablehnende Haltung damit, daß er bereits eine zu große Menge Waren auf Lager habe und für absehbare Zeit noch keine größere Bestellungen im Ausblick stehen. Ueberdies wäre infolge der starken Konkurrenz der Ringewerke gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die finanzielle Lage des Geschäftes liege es ihm nicht zu, bei den gegenwärtigen Materialpreisen noch größere Einfäufe zu machen. Er wäre also geneigt, in jeder Beziehung zu sparen und die Produktion einzuschränken. Bei en. Verkürzung der Arbeitszeit würden sich die Arbeiter nur um so mehr anstrengen, um auf die alten Löhne zu kommen. In einem Verprechen, die Abfordlöhne bei Eintreten besseren Geschäftsganges wieder auf den alten Stand zu erhöhen, war Herr Burg nicht zu bewegen. Bei en. noch weiter vorzunehmenden Kündigungen will Herr Burg darauf bestehen, daß die verzeigten Arbeiter möglichst berücksichtigt werden. Dem Verlangen der Kommission, einen Arbeiterausschuß zu wählen, stellte sich H. B. zwar nicht gegenüber und erklärte einen solchen zu wählen. In der diesem Bericht folgenden Diskussion wurde ein Antrag gestellt, daß die im Geschäft verbleibenden Arbeiter einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Entlassenen zu leisten sich verpflichten sollen; dies wurde einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag, die Wahl des Arbeiterausschusses gleich vorzunehmen. (Wir denken, daß sich die übrigen Arbeiter, soweit sie noch nicht organisiert sind, dies zur Warnung dienen lassen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beitreten, damit sie wenigstens bei solchen Fällen nicht gleich auf die Barmherzigkeit der anderen Arbeiter oder die der Armenkassa angewiesen sind. Denn, wenn sie auch die Arbeitslosen-Unterstützung, die der Verband gewährt, nicht in Anspruch nehmen, so ist es doch wenigstens zu viel, sie vor der äußersten Not aus der Verantwortung der Armenkassa und damit verbundenen politischen Rundschauung zu lassen. D. M.)

**Hilbersheim a. Rh.** Hier ist es doch so weit gekommen, daß nur ein gut eingearbeiteter Schloßer oder Dreher einen Tageslohn von etwa 20 M verdienen kann, andere bringen es höchstens auf 10, 12—15 M pro Woche. Die Firma Claus u. Jenze hat die Praxis eingeführt, bei „heißem“ Geschäftsgange bis 8 Uhr Abends, also 12 1/2 Stunden arbeiten zu lassen. In den verflohenen Jahren haben nun die Arbeiter fast immer die Erfahrung machen müssen, daß nach dem heftigen Geschäftsgange ein Abzug folgte, ohne daß die Arbeiter einmal geschlossene Stellung dagegen gewonnen hätten. Und gerade gegenwärtig hat die Firma dieses Manöver vorgenommen. Seit dem 27. Februar muß laut Anschlag wieder bis 8 Uhr gearbeitet werden, obwohl die Arbeiter nicht glauben können, daß es wegen starker Arbeit geschieht. Haben doch 4—5 Monate lang viele Arbeiter täglich Stunden lang nachher stehen müssen und auf Arbeit gewartet. Werden die Arbeiter weiter unzufrieden sein, so werden sie dem Herrn die Erfahrung machen, daß ihnen

der Arbeitslohn gekürzt wird. Der Einzelne kann dagegen nicht ankämpfen. Darum Kollegen, fordert wir Euch auf, Mann für Mann einzutreten in den D. M.-B.

**Regau.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 24. Februar in der Post statt, in welcher Kollege Jassl aus Nürnberg unter großem Beifall über die Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes referierte. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Gril einstimmig gewählt. Hierauf folgte noch eine längere, sehr interessante Diskussion über den weiteren Ausbau des Verbandes und wurde besonders das Prinzip hoher Beiträge, verbunden mit großer Leistung an die Mitglieder, warm befürwortet. Bezüglich des Weiterwreitens auf diesem Wege sei jedoch der Organisation der wirtschaftlichen Verhältnisse die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

**Hriegau i. Schl.** In der Metallwarenfabrik von Meißner u. Co. finden sich die Hände trauerlicher Art. Ist auch der Prinzipal ein höchst kulant, humaner Herr, so haben doch die Kollegen dieses Betriebes unter dem Druck des Werkmeisters Siehl sehr zu leiden, da der Prinzipal kein Fachmann ist und dem betroffenen Meister in jeder Hinsicht freier Spielraum gelassen ist. Um den fortgesetzten Schikanen und dem Vorkommen der „zu hohen“ Löhne entgegenzutreten, wurden die Kollegen beim Chef vorstellig. Doch nach wenigen Stunden trat das alte Verhältnis wieder ein, indem der Meister meinte, er könne Leute zu Hunderten erhalten. Kollegen, in Anbetracht solcher Zustände sind wir überzeugt, daß alle Gürtler, Drücker und Schleifer den Zuzug nach hier streng fernhalten; denn was sollte sich nach einem solchen Paradiese suchen. Die ledigen Kollegen haben bereits dieser Werkstatt den Rücken gekehrt.

**Werdau.** Am Freitag, 8. März, legten ca. 300 Arbeiter in der Sächsischen Waggonfabrik, A.-G., die Arbeit nieder. Die Ursache der Arbeitseinstellung war ein 10proz. Lohnabzug. Durch gütliche Verhandlung wurde die Arbeit am Montag, den 11. März, wieder aufgenommen. Die Direktion zieht den angekündigten Lohnabzug wieder zurück. Die Arbeiter haben bewiesen, was durch Eingreifen zu erreichen ist.

**Mechaniker.**

**Hamburg-Altona.** Versammlung der Mechaniker und Optiker am 23. Februar bei Götze, Schwanenburgerstraße. Kollege Schulz hielt ein sehr verständliches Referat über Gewerbevereine, für welches ihm großer Beifall zu Teil wurde. Als Kandidaten zur Gewerbevereinswahl wurden Neff und Spörl aufgestellt. Dann erhielt Kollege Spörl das Wort zur Begründung seines Antrags und führte aus: daß seit dem Abtritt des Vereins zum Metallarbeiter-Verband ein fortwährendes Zurückgehen der Mitgliederzahl stattgefunden hätte; 70 wären nach seiner Berechnung vor einem Jahre übergetreten, und als die Gewerbebeiträge gezahlt worden wären, könnten wir noch höchstens 25 bis 30 Mann sein. Die alten Kollegen hätten, bis auf einige, und alle den Rücken gewandt. Wollten wir das, was uns die Prinzipale zugehen hätten, durchsetzen, so müßten wir vor allen Dingen die alten Kollegen haben, denn die jungen würden von den Prinzipalen bald herausgeworfen. Was wohl den Hauptgrund hervorgerufen, wären die Gewerbebeiträge gewesen. Diese hätten gezahlt werden müssen, aber das hätte die alten Kollegen vor den Kopf geschlagen. Wie die Sache jetzt liege, wäre es unmöglich, weiter zu arbeiten; sonst bestände wohl der Verein, aber von Mitgliedern wäre nichts zu sehen. Ebenso wäre die Verwaltung nicht im Stande, weil die für uns geeigneten Leute fehlten, unsere Interessen so zu vertreten, wie wir es gern wünschten. Deshalb hätten die Kollegen in Jena vor zwei Jahren auf dem Deutschen Mechanikertag der D. M. B. beschlossen, eine Nebenregierung zum Verband ins Leben zu rufen mit dem Sitz in Jena, die das Material sammeln sollte, und mit den anderen Kollegen, ebenso mit der Deutschen Gesellschaft in Jülich bleiben sollte. Es wäre überhaupt zu bebauern, daß der Metallarbeiterverband eingegangen wäre, denn da hätten doch die Kollegen immer Fühlung gehabt, welches jetzt nicht der Fall wäre. So hätte wohl Bornemann-Frankfurt a. M. den Mund recht voll genommen für eine bessere Regelung. Aber was sei von seiner Seite geschehen? Nichts, rein gar nichts. Noch nicht einmal die Briefe würden beantwortet, die im Interesse der Sache geschrieben worden wären, trotzdem wir doch in diesem Jahr wieder so wichtige Punkte auf der Tagesordnung der Deutschen Gesellschaft hätten, die unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln sollten. Wir hätten nur mit ein paar Mitglieder hinter den Delegierten und da würden uns die Prinzipale höchstens ignorieren. Hätte er das getan, daß es so mit uns kommen würde, so hätte er, als er von Jena zurückgekommen, nicht für den Anschluß agitiert. Ebenso hätte der Vorstand seine Pflicht nicht getan; es hätte nur eine öffentliche Versammlung stattfinden; ebenso ließ der Vorstand nicht viel zu wünschen übrig. Es wäre besser, wenn sich die Kollegen zu einem Metallarbeiterverein zusammenschließen, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Bei Umwandlung in einen solchen Verein würden die alten Kollegen lieber wiederkommen. Stahl und Fed wandten sich gegen Spörl und bezeichneten es als unbegreiflich, wie ein Kollege, welcher vor einem Jahr so für den Anschluß eingetreten wäre, heute wieder so dagegen agitiert könnte. Diese Ansichtänderung sei mit einer Weiterreise zu vergleichen. Er fragt, wie Spörl sich den neuen Verein eigentlich denke. Uebrigens wäre es mit der Zahl neuer Mitglieder nicht so schlimm, denn wir sind immer noch 55—60 Mann. Ebenso wendet sich Thormann in längerem Ausführungen gegen den Antrag. Der Metallarbeiterverein hätte eingehen müssen, denn auf die Dauer hätte er nicht Stand halten können neben dem Metallarbeiter-Verband. Er führte den Kollegen die ganze Bewegung seit ihrer Zeit vor Augen. Was die Extrabeiträge anbetrifft, so hätten doch die Mitglieder ihren Mitgliederpolz ablegen und in der kommenden Versammlung erscheinen sollen, um da ihre Meinung zu äußern; aber es wären von den Herren Mechanikern im höchsten Falle 2—3 dagewesen. Was da beschlossen worden, wäre für uns maßgebend; der Sektion der Metallarbeiter könne keine Extrabeiträge geboten werden. Was die Bewilligung der Gelder anbetrifft, so wäre uns bis jetzt noch nichts verweigert worden. Redner ist der festen Meinung, wenn der Vorstand so weiterarbeiten, daß wir diese Scharte bald wieder ausgeweigt haben werden. Daß die Kollegen Interesse an der Sache hätten, zeige die

stark besuchte Versammlung. Nachdem noch Sturm gegen den Antrag gesprochen, wurden, da die Uhr bereits die zwölfte Stunde zeigte, die Verhandlungen über diesen Punkt verschoben für die nächste Versammlung am 23. März, da am 9. März unser Stiftungsfest gefeiert wird.

**Feilenhauer.**

**Düsseldorf.** Die Düsseldorfer Feilenhauer warnen dringend vor Zuzug während der Dauer des Kampfes mit den Unternehmern. Nachfolgend werden die Arbeitswilligen veröffentlicht, die sich theils nicht scheuten zunächst Unterstützung anzunehmen, auch abzuweisen, doch nach wenigen Tagen wieder kamen und zu arbeiten begannen. Die Arbeitswilligen bei der Firma Hüllenbeck sind: Franz Schwarz aus Essen, Karl Frey aus Köln, Max Reichbach aus Remscheid und Kölling aus Posen; bei Stäbe: Karl Greve aus Gevelsberg, Robert Braunsfeld aus Bierscheid und Wilhelm Geiß aus Jülich. Die Namen der übrigen veröffentlicht werden wir später. Sämtliche Briefe und Sendungen sind an Theodor Verch, Düsseldorf, Dierckstraße 142,1, zu richten.

**Hilbersheim.** Wir können es nicht unterlassen einmal zu der Feilenhauerlei von Deppe Stellung zu nehmen. Die Behandlung der Gehilfen läßt dort sehr zu wünschen übrig. In Hannover besteht ein Arbeitsnachweis der Feilenhauer, der sich über die ganze Provinz erstreckt, aber Meister Deppe will ihn nicht anerkennen. Ein Kollege kam beim Umhauen auch zu Deppe. Von den Kollegen wurde der Fremde erfragt, das Umhauen zu unterlassen. Das sagte Herr Deppe nicht. Der Fremde machte die Beschäftigten beim Meister nicht und meinte: er könne überhaupt nicht von der Unterstützung leben. Kollege P. gab die richtige Antwort darauf, was Deppe veranlaßte, dem Kollegen zu kündigen. Die beiden anderen Kollegen kündigten darauf gleichfalls. Anderen Tags wurde Herr Deppe noch einmal gefragt, ob er die gethanen beleidigenden Äußerungen und die Kündigung zurücknehmen will, wonach die Kollegen weiter arbeiten würden. Doch wir wurden mit schroffen Worten abgewiesen. Somit legen wir am 18. März die Arbeit nieder und werden über die Deppe'sche Bude die Sperre verhängen. Die Kollegen bitten wir, den Zuzug nach Hilbersheim fern zu halten, Herr Deppe wird sich dann wohl bald beiramen und den Arbeitsnachweis anerkennen.

**Eine wichtige Frage**

für die Gesamtarbeiterschaft hat ihre vorläufige Erledigung durch das vom Landgericht Düsseldorf am 1. März gefällte Urteil gefunden. Wir wollen den Gang der Dinge nochmals — um verständlich zu sein — kurz wiedergeben. Im September 1899 kam es bei der Firma Wortmann u. Eibers (Emaillieranstalt) in Düsseldorf zu Differenzen, die ab und zu beigelegt wurden, indem die Arbeiter den Verprechungen des Firmeneinhabers, Dr. Alfred Eibers, Glauben schenkten. Ein den Arbeitern u. A. gegebenes Verprechen bezüglich des Lohnes wurde nicht gehalten — dies wurde in einem Prozeß gegen den Redakteur Weffel von der Düsseldorfer Volkshochschule festgestellt — und darum legten Anfangs 1900, 44 Klempner die Arbeit nieder, nachdem sie vorher ordnungsgemäß gekündigt hatten. Dr. Eibers hatte nichts Eiligeres zu thun, wie sämtlichen deutschen Firmen der gleichen Branche die Namen der Ausständigen durch Rundschreiben bekannt zu geben, mit dem Ersuchen, die Namhaftgemachten nicht in Arbeit zu nehmen. Unter den Verwehnten befanden sich nicht nur Arbeiter, die bei der Firma seit 17 Jahren in Arbeit standen, sondern — unverantwortlich genug — auch Leute, die mit dem Streit nicht das Geringsste zu thun hatten. Durch die „Information“ der Fabrikanten erhielten die Gebrauchswaren lange Zeit keine Arbeit, ganz gleich wo sie hinkamen. Die Wirkung der „schwarzen Listen“ war also die von Dr. Eibers erwünschte. Auf Grund der durch das Vorgehen des Beklagten bedingten längeren Arbeitslosigkeit — eine Anzahl der Kläger mußte sich unter veränderten Verhältnissen einem anderen Berufe zuwenden — verlangten die damaligen Ausständigen im Wege des Zivilprozesses Schadenersatz in der Höhe von je 500—500 M. Das Gesamtklageobjekt beträgt rund 30.000 M. Ferner klagten die Arbeiter auf Widerruf der in den schwarzen Listen von Dr. Eibers ausgefertigten Verleumdungen. Die Klage erfolgte auf Grund des § 826 des bürgerlichen Gesetzbuches, der folgenden Wortlaut hat: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem Anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem Anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ Der Prozeß wurde fast ein Jahr lang hingezogen, nachdem er zu Beweiserhebungen im großen Umfange geführt hatte. Das am 1. März nun gefällte, richterliche Urteil lautete auf Abweisung der klägerischen Ansprüche. Die Angelegenheit wird natürlich noch die höheren Instanzen beschäftigen.

**An die Gold- u. Silberarbeiter im D. M.-B.**

Bezugnehmend auf den Aufruf in Nr. 49 von 1900 und die sich anschließende Umfrage zwecks Abhaltung einer Konferenz theilt die damit beauftragte Kommission mit, daß, nachdem sich die Mehrzahl der Verwaltungsstellen für Abhaltung einer Konferenz ausgesprochen haben, dieselbe unter Zustimmung des Hauptvorstandes im Anschluß an die Generalversammlung in Nürnberg am Sonntag, den 2. Juni in Nürnberg stattfindet. Ausschlaggebend für diese Festsetzung war hauptsächlich die Verbilligung der Delegation, da voraussichtlich verschiedene Kollegen aus einzelnen Verwaltungsstellen zur Generalversammlung delegiert werden, es wäre zweckmäßig, wenn, wo irgend möglich, bei der Wahl der Delegierten darauf Rücksicht genommen würde. Solche Orte, die eine Vertretung auf der Konferenz für notwendig halten, jedoch aus Lokalmitteln solche nicht besorgen können, mögen sich mit nachliegenden Verwaltungsstellen auf einen Delegierten einigen, oder, wo dies nicht möglich ist, ein Gesuch um Uebernahme der Kosten an den Hauptvorstand stellen, welchem auch entsprochen wird. Die Delegierten sind in ordentlichen Versammlungen zu wählen und solchen ein Mandat von der Verwaltungsstelle mitzugeben.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bureauwahl.
2. Berichterstattung der Kommission und der Delegierten.
3. Ueber die künftige Agitation unter Berücksichtigung der früheren Organisationsverhältnisse. Referent: Kollege Kömpf. Co. Wahl einer Agitationskommission.
4. Verschiedenes

Die Kollegen werden ersucht ev. Anträge zu den Verhandlungen bis längstens 12. Mai 1901 an untenstehende Adresse einzureichen, ebenso mitzutheilen, wer an der Konferenz theilnimmt und wird dann denselben noch Mittheilung über gesellte Anträge sowie Angabe des Konferenzlokals zugehen. Sollte von einer oder anderen Verwaltungsstelle noch über irgend einen Punkt Auskunft gewünscht werden, so ist Unterzeichneter jederzeit gerne bereit dieselbe zu geben.

Mit kollegialem Gruß

Stuttgart, 7. März 1901.

J. A. Otto Hartmann, Notebüchfr. 1b,4.

### An die Metallarbeiter Thüringens!

Auf verschiedene Anfragen, die an mich eingegangen sind, erkläre ich auch an dieser Stelle, daß es unmöglich war, in der kurzen Zeit bis zum 17. März eine Konferenz einzuberufen, daß es aber auch jener unmöglich ist, eine Konferenz abzuhalten, ohne daß wir einen Agitationsbericht, desgleichen Kassenbericht des Vertrauensmannes bekommen. Ich ersuche daher die Kollegen, dafür einzutreten, daß die fragliche Konferenz mindestens noch vor der Generalversammlung stattfindet. Wenn wir auch keine Anträge mehr stellen können, so können wir aber doch unsere Wünsche bezüglich des Verbandes den Delegierten zur Berücksichtigung überweisen. Als Tag schlage ich Sonntag, den 21. April, und als Ort Erfurt vor. Mögen daher die Kollegen die nöthigen Schritte thun, damit der Vertrauensmann veranlaßt wird, die Konferenz zu dieser Zeit tagen zu lassen.

Jena, im März 1901.

S. Leber.

### Abrechnung

des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover für das 3. u. 4. Quartal 1900.

Einnahmen	fl.	sch.
Kassenbestand	13	36
Sünden (Allgem.)	26	—
Sektion der Klempner	5	77
Sektion der Schmiede	1	10
Hüneburg	3	10
Göttingen	—	90
Hilbesheim	4	30
Osnabrück	3	—
Hannover, öffentliche Formerverammlung	11	55
„ „ „ „ Schmiedeverammlung	3	66
Summa	73	94

Ausgaben	fl.	sch.
Agitation, Fahrgelder, Spejen	62	40
Drucksachen aller Art	21	20
Porto und Schreibmaterial	4	12
Summa	87	72

Mehrausgabe 13,78 fl.

Einnahmen	fl.	sch.
Zuschuß aus der Hauptkasse	100	—
Sektion der Klempner Hannover	6	55
„ „ „ Schmiede	2	94
Hainholz	5	—
Sünden (Allgem.)	20	—
Hannover	—	80
Hüneburg	3	75
Osnabrück	2	—
Hannover, öffentliche Klempnerberammlung	4	90
Summa	145	94

Ausgaben	fl.	sch.
Mehrausgabe im 3. Quartal	13	78
Agitation, Fahrgelder, Spejen	68	40
Polizeistrafe	3	20
Drucksachen und Inserate	60	—
Porto und Schreibmaterial	6	40
Summa	151	78

Mehrausgabe 5,94 fl.

Vorstehende Abrechnung geprüft und für richtig befunden Heinrich Eppert, Hermann Simmat, Franz Fenske.

Da ich sowie die Delegierten auf der letzten Konferenz ausführlich Bericht erstattet haben und auch besondere Vorkommnisse nicht zu verzeichnen sind, so setze ich von einer Wiederholung auf schriftlichem Wege ab.

Wichtigsten will ich noch, daß sich das Agitationskomitee konstituiert hat.

Folgende Kollegen gehören derselben an:

- H. Grebe, Dreher. K. Wade, Schmied. E. Wade, Klempner.
- Willy. Wespermann, Dreher. Fern. Simmat, Feilenhauer.

Karl Fehle, Vertrauensmann.

## Rundschau.

**König Stumm** ist am 9. März an Krebs im Alter von 65 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der erbittertesten und einflussreichsten Feinde der Arbeiterbewegung dahin. König Stumm war ein Sklavenhalter, jede freie Bewegung seiner Arbeiter unterdrückte er mit Gewalt. Daher war es auch unserem Verbands nicht möglich, im Stumm'schen Gebiete Boden zu fassen. Stumm besaß großen Einfluß beim Hofe in Berlin und suchte denselben auch politisch auszunutzen. Allein er hat sein Ideal, die Schaffung eines neuen Ausnahmengesetzes nicht erreicht. Geschäftlich war Stumm ein Blusmacher erster Sorte, der dem Inlande die höchsten Preise für seine Erzeugnisse abforderte, was erst kürzlich im Reichstage bezüglich der Hüftspannerplatten konstatiert wurde. König Stumm ist nun todt, aber das System des brutalen Kapitalismus herrscht weiter. Auch ihm muß das Ende bereitet werden.

**Aus der deutschen Kriminalstatistik.** Das vierte Vierteljahrshesft der Statistik des Deutschen Reiches enthält u. A. die vorläufigen Ergebnisse der Kriminalstatistik vom Jahre 1899 in Gegenüberstellung zu denen der Jahre 1894 bis 1898. Wegen Vergehen gegen Paragrafen des Reichsstrafgesetzbuches wurden 1899 455,595 (1898: 454,512) Personen, worunter 47,118 Jugendliche, verurtheilt, während wegen Vergehen gegen andere Reichsgesetze 22,543 (1898: 23,295) Personen, davon 558 Jugendliche, bestraft wurden. Von besonderem Interesse für die Gewerkschaftsbewegung sind die Zahlen der Verurtheilungen auf Grund von Bestimmungen der Gewerbeordnung und Arbeiterversicherungsgeetze, die wir in nachfolgender Zusammenstellung wiedergeben:

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Bestrafung wegen Trübsinnigkeit (§§ 115-146, Gew.-O.)	113	122	66	96	116	78
Wegen Arbeiterinnen- und Jugendschutzvergehen (§§ 135-137, 139, 139a u. c. bezw. § 146, Gew.-O.)	891	837	985	944	933	1077

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Wegen Verzeichnung im Arbeitsbuch (§§ 111, 113, 114a, bezw. 146a)	10	14	6	8	7	7

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Wegen Vergehen gegen Sonntagssruhe in Industrie und Handel (§ 105a-g, bezw. 146a)	5698	6723	8173	7823	6856	5994

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Vergehen gegen Konzeptionspflicht, Uebertretungen behördlicher Anordnungen, betr. Betriebssicherheit (§ 147 Gew.-O.)	7336	8399	9233	10385	10680	10500

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Zuvielanzrechnung von Krankenversicherungsbeiträgen der Arbeiter bei der Lohnzahlung, Unterlassung der Lohnabzüge und Abführung an die Kasse (§§ 82, 82a des Krankenversich.-G.)	143	94	90	79	72	67

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Zurückziehung abgezogener Krankenkassenbeiträge (§ 82b des Krankenversich.-G.)	179	231	183	151	162	104

	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Ausschließ. der Invalidenvers. durch Vertrag, Zuvielanzrechnung von Beiträgen, Vorenthaltung der Dürftungskarten (§§ 147-151 des Inv.-G.)	311	278	269	306	260	284

Während die Bestrafungen auf Grund der Versicherungsgeetze eine Abnahme von 638 auf 603, 547, 536, 494 und 453 aufweisen, zeigen die Bestrafungen wegen Arbeiterchutzvergehen der Unternehmer von 1894 bis 1897 eine fortgesetzte Steigerung (1894: 14,048, 1895: 14,095, 1896: 16,448, 1897: 19,456) und erst von 1898 an eine geringe Abnahme (1898: 18,592, 1899: 17,636). Diese Zahlen der Verurtheilungen sind indes keineswegs identisch mit den Zahlen der wirklichen Vergehen, da aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zur Evidenz hervorgeht, daß nur ein Bruchtheil der ermittelten Vergehen zur Anzeige und von letzteren nur der kleinste

Theil zur Bestrafung gelangt. In der Regel betrug die Zahl der Bestrafungen nur 9-14 Prozent derjenigen Anlagen, in denen Vergehen gegen den Arbeiterinnen- und Jugendschutz festgestellt wurden. Die bürgerliche Justiz verlagert eben häufig gegenüber der Durchführung der Arbeiterchutzgeetze, worüber sich die Aufsichtsbeamten oft genug bitter beklagen.

Dahingegen kommt die volle Schärfe der Justiz zum Ausdruck gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter, im Wege des Streiks ihre Lage zu verbessern. Die Kriminalstatistik weist nämlich an Verurtheilungen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung (Nötigung, Drohung, Ehrverletzung zwecks Erzwingung zur Theilnahme an Streiks) folgende Zahlen nach:

1894	1895	1896	1897	1898	1899
47	95	252	254	208	175

An diesen Zahlen (die für 1899 nur vorläufigen Charakter) interessiert vor Allem die rapide Zunahme der Bestrafungen von 1895 auf 1896, die in jene Periode der ärgsten Scharfmacherpropaganda fiel und ihren Höhepunkt in der Einbringung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen erreichte. Um so bezeichnender ist der bedeutende Rückgang an Verurtheilungen im Jahre 1898, der sich weiter fortsetzt bis in das Jahr 1899, obwohl in letzterem Jahr die Zahl der an Streiks beteiligten Personen eine weit höhere, als in den beiden Vorjahren war. Es wäre jedenfalls das Verkerrteste, in diesen Zahlen eine erzieherische Wirkung der Zuchthausvorlage zu erblicken. Im Gegentheil erkennen wir darin den erhöhten erzieherischen und regelnden Einfluß der Gewerkschaftsorganisationen auf die Streiks, der namentlich auch in den jüdischen, sowie hamburgischen Gewerbeaufsichtsberichten amtlich anerkannt worden ist. Man gönne also den Gewerkschaften die notwendige Bewegungsfreiheit und lege ihrer Ausübung des Koalitionsrechts keine Hindernisse in den Weg, dann werden Streikausbreitungen, soweit sie heute noch wirklich vorkommen, bald verschwinden, zugleich aber auch jene künstlich geschaffene Kategorie von Streikvergehen, die auf Grund irgend welcher dem Gesetz widersprechenden Auslegungen, Anordnungen und Verordnungen geahndet werden, obwohl sie, wie das friedliche Streikpostenschießen, an sich völlig gesetzmäßige Wahrnehmungen des Koalitionsrechts sind. Ferner dürfte auf den Rückgang der Strafziffern auch die kritische Kraft der Protestbewegung gegen die Zuchthausvorlage nicht ohne Einfluß geblieben sein, wie alle elementaren Volksbewegungen schließlich auch auf die Richterpraxis einwirken. Ist dieser Einfluß zur Zeit auch gering, so darf er doch nicht völlig unterschätzt werden. Je energischer das Volk gegen ein ihm angethanes Unrecht protestiert, um so augenfälliger wird der Kontrast zwischen Rechtsprechung und Rechtsbewußtsein, und auf die Dauer kann die erstere dem letzteren nicht widerstehen.

### Arbeitsordnung und Arbeitsvertrag in Sachsen.

Das sächsische Ministerium hat in einer kürzlich erlassenen Verordnung sich über die rechtliche Natur der Arbeitsordnung geäußert. Bei der eminenten Wichtigkeit der Angelegenheit für die Arbeiter geben wir nachstehend das Wesentlichste aus der Ministerialverordnung wieder. Von einer Firma war in einem Nachtrag zur Arbeitsordnung die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Arbeiter unter gewissen Voraussetzungen, wie z. B. Arbeitsmangel, Betriebsstörungen, vorübergehende Behinderung des Arbeiters an der Dienstleistung u., keinen Anspruch auf Lohn haben sollten. Diese Bestimmung wurde von der zuständigen Kreisbauhauptschaft für unzulässig erklärt, weil sie nicht zu den in § 134b, Abs. 1 und 3, der Gewerbeordnung der Regelung durch die Arbeitsordnung überwiesenen Angelegenheiten gehörte. Diese Ansicht ist jedoch vom Ministerium des Innern nicht gebilligt worden. Dasselbe hat vielmehr im Verordnungswege entschieden, daß nach den Worten zu den §§ 134a flgd. des Entwurfs der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 die Arbeitsordnung als Grundlage des Arbeitsvertrags anzusehen sei, und daß demnach durch die Arbeitsordnung alle diejenigen Punkte geregelt werden könnten, die für die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Arbeitgebers und Arbeitnehmers von Bedeutung seien. Daß die beanstandeten Nachtragsbestimmungen hierunter gehörten, unterliege keinem Zweifel. Es könne sich daher nur fragen, ob die Aufnahme derartiger Bestimmungen etwa durch ausdrückliche Gesetzesvorschriften untersagt sei. Für eine solche Annahme finde sich aber weder im Gesetze noch in den Materialien ein ausreichender Anhalt. Daher sei der Kreisbauhauptschaftlichen Entscheidung keine Folge zu geben. Wegen die Bestimmung in dem Nachtrage, durch die die Anwendbarkeit der Vorschrift in § 278 des bürgerlichen Gesetzbuches über die Haftung des Schuldners für Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, ausgeschlossen werde, sind dem Ministerium ebenfalls Bedenken beigegeben, da es sich hierbei mindestens teilweise um zwingende Vorschriften des bürgerlichen Rechts handle. Inwieweit von dem halb das Ministerium die kreisbauhauptschaftliche Entscheidung nicht abgelehnt und überdies noch im Allgemeinen betont: Nach den Grundbegriffen der Gewerbeordnung unterliegen Arbeitsordnungen und deren Nachträge nicht der Genehmigung der Verwaltungsbehörde; sie treten vielmehr durch ihren Erlaß nach Ablauf der gesetzlichen Frist ohne Weiteres in Kraft. Die Verwaltungsbehörde hat lediglich zu prüfen, ob der Erlaß ordnungsmäßig erfolgt und der Inhalt gesetzlichen Bestimmungen nicht zuwiderläuft. Trifft die eine oder andere Voraussetzung nicht zu, so hat die Behörde für Beseitigung der Mängel Sorge zu tragen bezw. die Arbeitsordnung abzuändern. Unter diesen Verhältnissen war im vorliegenden Falle eine Beanstandung der Nachtragsformel ausgeschlossen; es konnte sich vielmehr nur darum handeln, deren Aenderung anzuordnen.

**Ermäßigung der Arbeiteransprüche — kein Fehler.** Das Blatt für Scharfmacher und Brodwagnerpolitik, die „N.-W.-Ztg.“, schreibt in einem Artikel über: „Der wirtschaftliche Rückgang und der Stadtkausal“ in Nr. 17 vom 3. März:

„... Die fetten Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs hatten eben auch die Städte allenorten zu großen Unternehmungen ermutigt, daneben zugleich zu einer gewissen „Vergesse“ in den Ausstattungen der städtischen Anstalten, in der Bemessung der Beamtengehälter u. s. f. geführt. Hierin dürfte nun ein gewisser Halt eintreten,

der auch ebenso wenig ein Fehler ist als die nothgedrungene Ermäßigung der Arbeiteransprüche in der Industrie.

Es muß auf allen Gebieten der Erwerbs- und Verwaltungstätigkeit wieder billiger zu arbeiten gelehrt werden, man muß sich mit geringerem Verdienst begnügen (...)

Die letzten Jahre sind fast ausschließlich den Unternehmern zu Gute gekommen. Dafür sollen die Arbeiter jetzt als Gegenleistung den Schwächtriemen strammer anziehen. Das ist nach dem edlen Organ für Jugendthätigkeit kein Fehler.

Der österreichische Metallarbeiter, unser österreichisches Bruderblatt, feterie am 6. März das Fest seines 10jährigen Erscheinens. Diese 10 Jahre waren für unsere österreichischen Kollegen eine Zeit der angestrengtesten und schwierigsten Thätigkeit in organisatorischer und propagandistischer Beziehung.

Litterarisches.

Der Süddeutsche Postillon überläßt seine Leser mit einer in jeder Hinsicht trefflich ausgestatteten März-Nummer. Schon das Titelblatt verräth einen festen Humor. Ein frischer Märzwind pfeift den herrschenden Gewalten um die Ohren.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Altenburg. Sonntag, den 17. März kombinirte Versammlung der bekannten Zahlstellen im „Deutschen Hause“ in Götting. Abfahrt Nachm. 7 1/2 Uhr.

Augsburg. Samstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, im „Blauen Hof“.

Bayreuth. Samstag, 23. März, Abends 8 Uhr, bei Gölz, im „Fehligen Kreuz“.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 16. März für den Norden bei Dierck, Katerstr. 123. Sonnabend, 16. März für die Mitte bei Fischer, Waldstr. 8.

Berlin. Generalversammlung: Sonntag, 17. März, Vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29. Stellungnahme zum 1. Mai. Beratung der Anträge zum Verbandstag. Anstellung der Kandidaten.

Berlin. Generalversammlung: Sonntag, 24. März, Vormittags 10 Uhr in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-29. Wahl der Delegirten z. Verbandstag.

Bielefeld. (Allgem.) Samstag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Erlangen. Jeden letzten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr bei Schupp.

Frankfurt a. M. (Spengler u. Installateure.) Samstag, den 23. Februar, Abends halb 9 Uhr, bei Stein, Or. Schenheimerstraße 23. Vortrag von Redakteur Zielowski über Baugewerkschaften.

Freiburg i. B. Samstag, 16. März, Abends 8 Uhr bei Schwanke.

Furtwangen. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im „Höle“.

Gießen. Sonnabend, 16. März, Abends halb 9 Uhr, im „Stern“. Delegirtenwahl. Saalfrage.

Gelsenkirchen. Samstag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Vielenmeier, Vereinsstraße.

Görlitz. Sonnabend, 23. März, Abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5. Geschäftliches. Vortrag.

Greif. Sonnabend, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, im „Schwarzen Eck“. Von jetzt ab alle 14 Tage im obigen Lokal.

Gustavsburg-Rosheim. Samstag, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, im „Weingarten“, Herrngasse in Rosheim.

Hagen-Eilpe. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, bei Steinhauer, Selbetrstraße.

Halle a. S. (Klempner u. Installateure.) Sonnabend, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, in den „Drei Königen“, Kl. Ulrichstraße 26.

Halle a. S. Sonnabend, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, im „Königshaus“, Karlstraße 14.

Hamburg. (Schlößer, Dreher und Maschinenbauer.) Dienstag, den 19. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hümer, Gänjemarkt 55.

Hannover-Linden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstraße 1.

Höchst a. M. Samstag, 23. März, Abends 9 Uhr, in der „Sonne“.

Kalk. Dienstag, den 19. März, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Nied, Viktoriastraße 10.

Karlsruhe. (Allg.) Sonntag, 17. März, Vormittags 10 Uhr, bei Köpferlein, Kaiserstraße 13. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung. Bericht von der Konferenz.

Karlsruhe-Mühlberg. Sonntag, 17. März, Vorm. halb 10 Uhr, in der „Kaiser-Allee“. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung.

Kambrecht. Sonntag, 17. März, Nachmittags 3 Uhr in Reidenfels bei Seidner.

München. (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter.) Samstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, bei Riedermeier, Klenzstraße 62. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

München. (Sektion der Schloßer u. Maschinenbauer.) Samstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, im „Ober-Dill“, Vortrag.

München. (Sektion der Pianofort.) Samstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, im „Königsbauer“, Müllerstraße.

M-Gladbach. Samstag, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, bei Carl Labach, Scheiderstraße 104.

Yennaufer. Freitag, 22. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kellermann, Plönerstraße.

Neustadt i. S. Die Wahlzeit (Delegirten zur Generalversammlung) beginnt am 17. März, Vorm. 10 Uhr bis 6 Uhr Abends im Lokale des Kollegen Rudolph. Das Wahllokal für Stolpen befindet sich beim Kollegen Pasold. Die Wahlzeit beginnt am 17. März, Vorm. 1/12 Uhr bis 1/4 Uhr Nachmittags.

Niedersiedlitz. Montag, den 18. März, Abends halb 9 Uhr, Abends 9 Uhr, bei Lehmann, Str. Bismarckstr.

Offen. Sonnabend, den 16. März, Abends 8 Uhr, bei Häbler.

Rürnberg. (Allgem.) Samstag, 23. März, im Café Merz, Preussengasse. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. Vortrag des Herrn Dr. v. Haller.

Oberhausen. Samstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, bei Bollender, Blumenthalstraße.

Odenburg. Sonnabend, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, bei Bockamp, Karolstraße.

Pirna. Sonnabend, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, Abends 9 Uhr, im „Sokolabad“.

Regensburg. Sonntag, den 24. März, Vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Ritter“.

Reinscheid. Samstag, 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Trisch, Bismarckstraße. Bezirksagitation. Vertrauensmännerwahl. Die Lohnreduktion in den hiesigen Fabriken.

Rheindt. Sonntag, 16. März, Vorm. halb 11 Uhr, bei Jon. Kaland, Friedensstraße.

Rosbach. Sonnabend, den 23. März, in der „Bernow-halle“.

Rödelheim. Montag, den 25. März, Abends 9 Uhr, im „Saiten zur Trombahn“.

Sachsenhausen. Freitag, den 22. März, Abends halb 9 Uhr, bei Bierkeilig, Str. Mütergasse 56.

Schneidling-Boos. Sonntag, den 24. März, Vorm. 10 Uhr, bei Jgelhaut.

Schw. Hall. Samstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, im „Königsbau“, Heilbrunnstraße 83.

Schwelm. Montag, den 18. März, Abends halb 9 Uhr, bei Elbinghaus, Ehrlichstraße. Vortrag des Kol. Dismann-Warmen. Delegirtenwahl z. Generalversammlung. Delegirtenwahl zum Verein.

Solingen. Samstag, 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei v. Gerds, Kronenbergerstraße.

Sieglitz. Sonnabend, 16. März, Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, bei Schellhase, Ahornstraße.

Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Koob, Hermannstr. 1.

Wörzburg. Samstag, 16. März, Abends 8 Uhr, bei Bellingier, Wohlhabtsstraße.

Zeitz. Sonnabend, den 23. März, Abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gartenstr.

Zersch. Samstag, 23. März, Abends 8 Uhr, bei Otto Ferschland.

Aschersleben. Sonnabend, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Schräbers Lokal Konzert, Theater und Ball. Eintrittskarten für Mitglieder sind bei den Unterkassierern zu 50 Pf zu entnehmen, ebenso für einzuführende Gäste für 25 Pf.

Karlsruhe. Der Schlosser Georg Stanoy aus Boffaner, B.-Nr. 339347, eingetr. 29. 1. 1900 in München, wird aufgefordert seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsstelle nachzukommen. Die Bevollmächtigten und Reisegeldauszahler werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Schweinfurt. Der Former Julius Bayer aus Dresden wird ersucht, seine Adresse an G. Sturm, Schweinfurt, „Goldenen Löwen“, gelangen zu lassen.

Um gest. Mittheilung des Aufenthaltsortes des Fellenhauers Josef Glaubacher aus Steiermark bittet Wiltz, Stürmer, Feilenhauer, Gemeligen-Stramen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. Nr. 29), Hamburg.

Grünberg. Samstag, den 16. März, Abends halb 9 Uhr, Abends 9 Uhr, im „Braunen Hirsch“.

Gestorben.

In Lambrecht Johann Althöhn, 32 Jahre alt, an Kehlkopfschwindel. — In Kassel der Dreher Karl Schulz 30 Jahre alt, durch Mord. — In Deutchen Th. Stalfl.

Öffentliche Versammlungen.

Zwidian. Sonnabend, 16. März, Abends halb 9 Uhr, im „Belvedere“. Die Mißstände im Zwidauer Gußwerke.

Privat-Anzeigen

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreigepaltene Zeile beträgt 50 Pf.

Geschäftsempfehlung. Geben hiermit sammtl. Kollegen und Freunden der Verwaltung bekannt, daß ich vom 23. d. M. ab die Restauration Zentralhalle, Ecke der Firschberg- und Donnerbergerstraße pachtweise übernommen habe und ersuche mich mit zahlreichen Besuchen beehren zu wollen. Mit voll. Gruß Engelbert Meier, bisher Stadtkassier. [24]

Der Schlosser Wiltz, Sprandel aus Hamburg, oder Alle, die seine Adresse wissen, werden ersucht wegen Sterbefall seines Bruders die Adresse seiner Mutter senden zu wollen. Frau Sprandel, Hamburg-Horn, Schulweg 4. [26]

Die Brüder Michael und Andreas Königer, Eisendreher, geb. zu Sennfeld, B.-N. Schweinfurt, wollen ihre Adresse an ihren Vater nach Nürnberg, Fildnerstraße 12, gelangen lassen. [25]

Der Schlosser Franz Wetzl, geb. am 24. Febr. 1871, oder dessen Kollegen werden gebeten seinen jetzigen Aufenthaltsort anzugeben. W. M a h, Gärten (Anhalt), Neustadt 19.

Hohen Nebenverdienst

für Fabrikarbeiter, Muster umsonst und franco. Gest. Offerten unter deutlicher Namens- und Standesangabe befördert unter A. 277 an Gaasenstien u. Vogler, A.-G., Nürnberg.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Gärtler für Leichter und Metalldekorationen. Kenntniß des Galvanisirens erforderlich. [22] J. Gallie, Basel, Wöbel- und Leuchterfabrik.

Bei hoher Provision suche allerorts Herren, welche den Vertrieb konkurrenztl. Neuh. nebstbei übernehmen. Prospekt gratis und fr. Herm. Wolf, [21] Zwidian i. S., Blücherstraße.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein. Verkauf. Sehr harte Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund ... einem Stücke gearbeitet. Nietknöpfe und Knappnähte. Fein. Leder-Pilottaschen. Die Pose 4 Mk. 50 (Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk)

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like 'Echtblaues Monteur-Jacket, prima', 'Schichtblaue Monteur-Hose, prima', etc.

Berlin Baer Sohn Berlin. En gros. En detail. Chausseestraße 24 a/25. Grödenstraße 11. Gr. Frankfurterstraße 20. Die 16. Preisliste 1901 über gesammte Herren- u. Knabenbekleidung wird gratis und franco verschickt. [8] Versandt von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen genügt Angabe der Brust- und Hüftweite und Schrittweite.